

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



Strom speichern Netze entlasten



ENERGIEWENDE

Wie das Stromnetz **auf den Kopf gestellt** wurde

NEUE MÖGLICHKEITEN

So wird die Gemeinde **zum Stromspeicher**

G TAG
2026
SALZBURG

KOMMUNAL Messe

Jetzt registrieren!

[DIEKOMMUNALMESSE.AT](https://diekommunalmesse.at)



1.–2. OKTOBER 2026
MESSE SALZBURG

*Gemeinden gemeinsam
gestalten.*

K.

SCHWERPUNKT
ENERGIE



© scharsfinkoff - stock.adobe.com

Batteriespeicher und Smart-Energy-Lösungen helfen Gemeinden, erneuerbare Energie vor Ort optimal zu nutzen, Kosten zu senken und die Versorgungssicherheit zu erhöhen.

- 04 APG-Chef Gerhard Christiner**
Das Stromnetz wurde auf den Kopf gestellt
- 06 Investitionen notwendig**
Das Stromnetz als Fundament der Energiewende
- 08 Der Speicherboom**
Ein neues Geschäftsmodell?
- 10 Neue Möglichkeiten**
Der Schwarm – So wird jede Gemeinde zum Stromspeicher
- 12 Energiegemeinschaft oder P2P?**
Wenn Gemeinden zu Energiegestaltern werden
- 14 Kosten senken**
Durch Nicht-Nutzung Netzkosten sparen
- 16 Best-practice-Beispiele**
Energieversorgung vor Ort stärken



© NÖ Gemeindebund

- 20 Energiekosten**
Die Stromrechnung erklärt
- 22 Energiespar-Checkliste**
Energie clever nutzen – Kosten spürbar senken!
- 24 Vertragsraumordnung**
Wenn die Widmung an Bedingungen geknüpft wird

AUS ERSTER HAND

DIE ENERGIEWENDE BRAUCHT MEHR ZUVERSICHT



Zwischen Fakten und Ängsten entscheidet sich, wie Österreich seine Energiezukunft gestaltet.

Elektrizität wird zur Schlüsselenergie des 21. Jahrhunderts. Vom Auto über den LKW bis zum Hochofen – nahezu überall wird Strom in Zukunft die Antriebs- oder Prozessenergie sein. Das erfordert einerseits eine enorme Produktionskapazität und andererseits leistungsfähige Transportnetze.

Für uns in den Standortgemeinden bietet der Ausbau von Windkraft-, PV- und Speichereinrichtungen neue Einnahmepotenziale. Aber auch in „Nicht-Standortgemeinden“ von Großanlagen sind Einsparungen durch Gebäude-Energieoptimierung mittels Photovoltaik und Speicher möglich. Technisch, rechtlich und organisatorisch zeigen wir alles und noch viel mehr in dieser Nummer der NÖ Gemeinde auf.

„**Emotional**“ lässt sich die Energiewende allerdings nicht so leicht vermitteln. Politische Kräfte, die von der Angst vor Veränderung leben, befeuern diese Stimmung gezielt. Das ist auch deshalb wirksam, weil sich zugespitzte Behauptungen oft schwerer entkräften lassen als sie aufzustellen. Dann ist von Windrädern als „Vogelkillern“ die Rede, von einer angeblich negativen Energiebilanz ihrer Herstellung oder von gesundheitsschädlichen „Mikroschwingungen“. Ebenso wird behauptet, dass Speicher, PV-Anlagen, Leitungen und andere Infrastruktur so viel Fläche verbrauchen würden, dass die heimische Lebensmittelproduktion darunter leide. Und wenn all das nicht genügt, wird häufig noch ein anderes Motiv bemüht: Neid und Missgunst gegenüber jenen, die von den Veränderungen profitieren könnten. „Die wollen alle nur auf unser aller Kosten enorme Gewinne machen“, heißt es dann. Also: „Wir die Armen und da die Reichen und Unternehmen, die sich mit diesen Windrädern und PV-Anlagen ihre Taschen vollstopfen ...“

Ich bitte dich: Lass dich von diesen Argumenten nicht beirren. Die Energiewende ist notwendiger denn je: Weil wir nur dadurch Abhängigkeiten von den Ölquellen und Gasfeldern autokratischer Staaten reduzieren können. Weil wir nur dadurch CO2-neutral werden. Und weil nur dadurch viele neue Technologien – von der Robotik bis zum Handy; vom autonomen Fahren bis zur Steuerungsoptimierung und vieles andere mehr ... möglich werden. Ich wünsche dir dabei Neugier und Begeisterung.

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



Wie das Stromnetz **auf den Kopf gestellt wurde**

Österreichs Stromsystem verändert sich stark. Früher kam Strom aus wenigen großen Kraftwerken. Heute speisen viele kleine Anlagen Strom ein. Vor allem Photovoltaik und Windkraft wachsen schnell. Gerhard Christiner, Vorstandssprecher der Austrian Power Grid, sagt: „Ein funktionierendes Energiesystem wurde durch den Ausbau der Erneuerbaren auf den Kopf gestellt.“ [🔗 VON HELMUT REINDL](#)

Jahrzehntlang war die Stromversorgung übersichtlich: Wenige große Kraftwerke lieferten Energie, die dann zu den Verbrauchern floss. Heute hat sich das grundlegend verändert. In Österreich sind mittlerweile zehn Gigawatt an Photovoltaikleistung und 4,5 Gigawatt Windkraft installiert. Der Strom kommt nicht mehr von oben nach unten, sondern aus allen Richtungen. Strom aus Sonne und Wind ist nicht steuerbar. Er fließt, wenn das Wetter es erlaubt – nicht dann, wenn ihn jemand braucht. Für das Stromnetz ist das eine große Aufgabe, denn Strom kann im Netz nicht gespeichert werden. Er muss genau in dem Moment erzeugt werden, in dem er verbraucht wird. APG-Chef Gerhard Christiner nennt Strom ein

„Just-in-Time-Produkt“. Angebot und Nachfrage müssen „in jeder Sekunde im Gleichgewicht“ sein.

Das wird schwieriger. Viele Anlagen erzeugen Strom dezentral. Besonders im Osten Österreichs gibt es viel Strom aus erneuerbaren Quellen. Die großen Speicher liegen aber im Westen. Dazwischen fehlt laut Christiner ein Netz, das stark genug ist, um Überschüsse zu transportieren.

Die Folge sind Überlastungen und Überschüsse im System. 2025 gab es laut Christiner mehr als 450 Stunden mit negativen Strompreisen. Das passiert vor allem zu Mittag, wenn sehr viel Sonnenstrom erzeugt wird. „Wir müssen etwas dafür bezahlen, um den Strom weg zu bekommen“, erläutert Christiner.

“Wir müssen etwas dafür bezahlen, um den Strom wegzubekommen.”

Gerhard Christiner
Vorstandssprecher der Austrian Power Grid





© Simon Kraus - stock.adobe.com

Netze wurden für eine andere Zeit gebaut

Die bestehenden Verteilnetze wurden nicht für diese Entwicklung geplant. Sie sollten Strom zu den Kundinnen und Kunden bringen. Heute muss Strom aber oft auch zurück ins Netz fließen. Christiner: „Dafür ist das Netz definitiv nicht ausgelegt.“

Für die APG bedeutet das: Das Übertragungsnetz muss ausgebaut werden. Christiner vergleicht es mit einer Stromautobahn. Die Umspannwerke seien die Auffahrten. Je stärker diese Infrastruktur ist, desto mehr erneuerbarer Strom kann genutzt werden.

Speicher werden wichtiger

Die APG will bis 2035 jährlich fast eine Milliarde Euro investieren. Damit soll mehr grüner Strom aus dem Osten zu den Pumpspeichern in den Alpen gelangen. Auch Industrie und Wirtschaft brauchen diese Leitungen. „Kapazitätsstarke Leitungen sichern günstige Strompreise“, sagt Christiner.

Neben Leitungen braucht es Speicher. Besonders Batteriespeicher sieht Christiner als zentral an. Sie können Sonnenstrom vom Mittag in den Morgen oder Abend verschieben. Genau dann ist der Bedarf oft höher. Wichtig ist aber der Standort. Speicher sollen dort stehen, wo sie dem Netz helfen. Energiegemeinschaften bewertet Christiner anders: Sie könnten Menschen für das Energiesystem begeistern. „Systemtechnisch haben sie bislang aber wenig Wirkung.“

Eingriffe ins Netz kosten Geld

Wenn das Netz überlastet ist, müssen Kraftwerke gezielt gesteuert werden. Erneuerbare Erzeugung muss manchmal abgeregelt werden. Diese Maßnahmen heißen Redispatch. Laut Christiner kosteten sie 2025 insgesamt 87,2 Millionen Euro. An 215 Tagen waren solche Eingriffe nötig.

Auch Smart Meter spielen eine Rolle. Sie machen den Verbrauch genauer sichtbar. Dadurch können Netzbetreiber besser planen. Christiner meint, Smart Meter seien ein Schritt, um Konsumentinnen und Konsumenten „zu aktiven Akteuren des Energiesystems“ zu machen.

Auch künstliche Intelligenz wird bei der APG zunehmend eingesetzt. Sie hilft etwa bei Prognosen oder bei der Kontrolle von Strommasten. Trotzdem wird die Netzsteuerung anspruchsvoller. Der Grund ist die schwankende Erzeugung aus Sonne und Wind.

Gemeinden als wichtige Partner

Für Gemeinden und ihre Vertreter sieht Christiner eine besondere Verantwortung. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister seien Vertrauenspersonen der Bevölkerung und wichtige Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildner. Ohne ihre Unterstützung könnten Infrastrukturprojekte nicht verwirklicht werden. „Nur mit ihnen gemeinsam kann die versorgungssichere Energiewende gelingen. Wir als APG verstehen daher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als wichtige Partner bei der Umsetzung unserer Investitionsprojekte“, erklärt Christiner. Wer nämlich in zehn Jahren nicht infrastrukturell abgehängt sein will, muss heute Veränderungen zulassen und die notwendigen Maßnahmen unterstützen. Die Energiewende ist eine Chance – aber nur, wenn alle an einem Strang ziehen. ■■■



Netzbetreiber

Österreich hat 114 Verteilnetzbetreiber, wobei 85 Prozent dieser Betreiber nur sieben Prozent der Zählpunkte versorgen, es dominieren die größten Betreiber.

Eine zersplitterte Struktur ist aber international nicht unüblich, so gibt es in Frankreich 138 Verteilnetzbetreiber. Eine höhere Konsolidierung ist auch kein Garant für niedrige Netzentgelte, entscheidender sind leistungsfähige Regulierung und Vergleichsdruck.

Die steigenden Stromnetzkosten in Österreich könnten vor allem durch bessere Planung, Digitalisierung, Transparenz und koordinierte Zusammenarbeit der Netzbetreiber gedämpft werden, und nicht primär durch eine radikale Zentralisierung. Wichtig wäre auch eine zunehmende Digitalisierung. So könnte der Netzausbau vielfach durch intelligente Steuerung, Flexibilität und Datenanalyse ersetzt oder hinausgezögert werden.

INVESTITIONEN NOTWENDIG

Das Stromnetz als Fundament der Energiewende

Erneuerbare Energie boomt – doch ohne leistungsfähige Stromnetze kommt die Energiewende nicht ans Ziel. Die Geschäftsführer von Netz NÖ, Werner Hengst und Harald Dammerer, erklären, wo der größte Handlungsbedarf liegt und welche Rolle die Gemeinden dabei spielen. [VON HELMUT REINDL](#)

Niederösterreichs Stromnetz gehört zu den modernsten in Europa. „Wir sprechen hier von einer Versorgungssicherheit von 99,9 Prozent und entsprechend geringen Ausfallzeiten“, sagt Geschäftsführer Harald Dammerer. Doch der steigende Anteil erneuerbarer Energie stellt das Netz vor neue Anforderungen. „In den letzten zehn Jahren haben wir die Netzkapazitäten mehr als verdreifacht, bis 2030 müssen wir sie noch einmal verdoppeln“, so Dammerer.

Der Grund: Strom wird heute nicht mehr hauptsächlich in großen Kraftwerken erzeugt und von dort verteilt, sondern zunehmend dezentral – auf Hausdächern, Feldern und in Windparks (siehe auch Seite 4). „Treiber des Netzausbaus ist seit einigen Jahren die dezentrale Einspeisung, nicht mehr der Verbrauch“, erklärt Dammerer. Netz NÖ hat bereits über 4.000 Megawatt aus Wind- und Photovoltaikanlagen ins Netz integriert – bei einer maximalen Nachfrage von rund 1.600 Megawatt. Dieser Wert wird weiter steigen.

Druck auf allen Netzebenen

Dammerers Geschäftsführer-Kollege Werner Hengst beschreibt, wo das Netz heute an seine Grenzen stößt: „Der Druck ist auf allen Netzebenen zu spüren, von der Hochspannung bis zu den Ortsnetzen.“ Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen und E-Tankstellen entstehen vielerorts schneller, als das Netz ausgebaut werden kann.

Netz NÖ hat dafür ein Netzausbaukonzept für das gesamte Bundesland erarbeitet. „Der Netzausbau ist aber nur ein Teil der Lösung: Es geht auch darum, das bestehende Netz mit digitaler Technik und intelligenten Lösungen effizienter zu nutzen“, betont Hengst.

Neue Tarifstruktur kommt

Eine konkrete Veränderung steht bei den Netzentgelten bevor. Der Regulator arbeitet an

einer neuen Tarifstruktur, bei der künftig nicht nur die verbrauchte Energiemenge in Kilowattstunden zählt, sondern auch die maximale Leistung in Kilowatt. Hengst erklärt den Hintergrund: „Unsere Investitionen richten sich stark nach Leistungsspitzen, da unsere Netze dafür ausgelegt sein müssen. Es ist daher sinnvoll, diese Spitzen zu reduzieren, um den Ausbaubedarf zu senken.“ Für Haushaltskunden mit gleichmäßigem Verbrauch soll es laut Hengst zu keinen Mehrkosten kommen. Wer hingegen Spitzen beim Verbrauch verursacht, kann durch gezieltes Lastmanagement – etwa durch das Steuern von Wärmepumpen, Elektroautos oder Speichern – künftig Kosten senken.

Speicher stabilisieren das Netz

Stromspeicher gewinnen in diesem Zusammenhang stark an Bedeutung. Dammerer erklärt warum: „Strom wird zunehmend dezentral erzeugt und nicht immer dann, wenn er gebraucht wird. Vor allem die Photovoltaik sorgt für Leistungsspitzen und führt zu Überschüssen.“ Speicher könnten diesen Strom aufnehmen und später wieder abgeben, zum Beispiel am Abend, wenn die Sonne nicht mehr scheint, der Stromverbrauch in den Haushalten aber hoch ist. Das entlastet das Netz genau dann, wenn es sonst unter Druck gerät.

Damit Speicher ihre stabilisierende Wirkung tatsächlich entfalten können, brauche es laut Dammerer allerdings noch Arbeit: „Wichtig sind passende technische und rechtliche Rahmenbedingungen, damit Speicher das Netz entlasten und stabilisieren.“ Gemeinden, die etwa an Gemeindegebäuden oder in Energiegemeinschaften Speicher betreiben, können so einen direkten Beitrag zur Netzstabilität in ihrer Region leisten.

Gemeinden als aktive Partner

Smart Meter spielen dabei eine Schlüsselrolle.

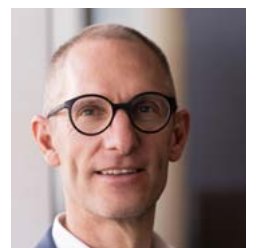


© Daniela Matejschek

“Kundinnen und Kunden und damit auch die Gemeinden werden zu **aktiven Partnern der Netzbetreiber.**“



Werner Hengst
Geschäftsführer von Netz NÖ



© Daniela Matejschek

“Treiber des Netzausbaus ist seit einigen Jahren **die dezentrale Einspeisung, nicht mehr der Verbrauch.**“



Harald Dammerer
Geschäftsführer von Netz NÖ

„Intelligente Stromzähler sind die Basis für neue Anwendungen – von Energiegemeinschaften bis zu neuen Tarifmodellen“, erklärt Werner Hengst. Erst durch Smart Meter lassen sich Verbrauch und Einspeisung in Echtzeit messen und steuern. Das ist Voraussetzung für flexibles Lastmanagement und die Abrechnung in Energiegemeinschaften. Kundinnen und Kunden, und damit auch die Gemeinden, werden so zu aktiven Partnern der Netzbetreiber. „Gemeinden können dabei eine wichtige Rolle spielen, indem sie Erzeugung, Verbrauch und Flexibilität vor Ort koordinieren und so Leistungsspitzen reduzieren und die Netze insgesamt entlasten.“

Raumplanung als unterschätzter Hebel

Neben dem technischen Ausbau nennt Harald Dammerer die Raumplanung als eine wesentliche Herausforderung: „Ein unterschätzter Hebel liegt in der Raumplanung. Es ist häufig schwierig, nachträglich Platz für neue Umspannwerke, Trafostationen, Leitungstrassen oder Ladeinfrastruktur zu finden.“ Sein Appell an die Gemeinden: „Infrastruktur muss bei neuen Siedlungen, Gewerbegebieten oder Bauprojekten von Anfang an mitgedacht und abgestimmt werden.“

Ein weiteres Thema in der Zusammenarbeit



© Raimo Rumppler

mit Gemeinden ist die Kostenfrage. Viele Gemeinden wünschen sich, dass Netz NÖ bei seinen Projekten kommunale Leitungen oder Rohre kostenlos mitverlegt. Dammerer versteht den Wunsch, lehnt ihn aber ab: „Auch wenn das gemeinsame Verlegen natürlich Synergien schafft und allen Beteiligten Kosten spart, können und dürfen wir das nicht unentgeltlich tun. Es geht hier nicht zuletzt um ein verursachergerechtes, faires Tragen der Kosten.“ Trotz aller Herausforderungen sind die beiden Netz NÖ-Chefs zuversichtlich: „Wenn alle – Netzbetreiber, Gemeinden und Kundinnen und Kunden – zusammenarbeiten, können wir die Energiezukunft sicher und nachhaltig gestalten“, ist sich Werner Hengst sicher. ■■■

Intelligente Stromzähler sind die Basis für neue Anwendungen – von Energiegemeinschaften bis zu neuen Tarifmodellen.



GRUNDGEDANKE: „ERNEUERBAR – REGIONAL – UNABHÄNGIG“

Niederösterreich schärfte Klima- und Energiefahrplan nach

Auslöser für die Aktualisierung des Klima- und Energiefahrplans sind die Energiekrise infolge des Ukrainekriegs, neue EU-Vorgaben sowie der massive Ausbau von Photovoltaik und Batteriespeichern.

Während die ursprüngliche Strategie von 2019 vor allem vom Klimaschutz geprägt war, rücken nun Versorgungssicherheit, Energieunabhängigkeit und heimische Wertschöpfung stärker in den Mittelpunkt.

Besonders deutlich wird das beim Ausbau erneuerbarer Energien: Das Photovoltaik-Ziel für 2030 wird von ursprünglich 2.000 auf 4.500 Gigawattstunden mehr als verdoppelt. Auch die Windkraft wird kräftig ausgebaut – statt 7.000 sollen künftig 8.000 Gigawattstunden erzeugt werden. Geplant sind dafür rund 1.000 Windkraftanlagen inklusive Repowering bestehender Standorte.

Das Land argumentiert dabei wirtschaftlich: Bis 2030 sollen rund 1,1 Milliarden Euro an Energieimporten eingespart, mehr als 60.000




„Green Jobs“ geschaffen beziehungsweise abgesichert und 1,6 Milliarden Euro zusätzliche Wertschöpfung erzielt werden.

Für Gemeinden wächst damit die Bedeutung deutlich. Sie sollen Flächen für PV- und Windkraft koordinieren, Ladeinfrastruktur schaffen, Wärmenetze ausbauen und Klimaanpassungsmaßnahmen umsetzen. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die Konflikte um Raumordnung, Naturschutz und Akzeptanz zunehmen.

Am Ziel „Raus aus Öl und Gas“ hält Niederösterreich grundsätzlich fest. Fossile Heizsysteme sollen bis 2040 weitgehend ersetzt werden – allerdings schrittweise und sozial verträglich.

■ NEUES GESCHÄFTSMODELL?

Der Speicherboom

Batteriespeicher stabilisieren das Netz, reduzieren Lastspitzen und steigern die lokale Wertschöpfung. Damit helfen sie Gemeinden, erneuerbare Energie vor Ort optimal zu nutzen, Kosten zu senken und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Die Wirtschaft hat erkannt, dass das ein attraktives Geschäftsmodell ist, und Anbieter treten mit Projektideen an die Gemeinden heran. Was ist dabei zu beachten?  VON HELMUT REINDL

In der Mostviertler Marktgemeinde St. Martin-Karlsbach ist geplant, eine Großbatteriespeicheranlage mit rund 90 Megawatt Leistung bzw. 180 Megawattstunden Kapazität zu errichten. Die Anlage soll direkt beim Umspannwerk gebaut werden und zur Stabilisierung des Stromnetzes beitragen sowie die Integration erneuerbarer Energien unterstützen.

Hinter dem Projekt steht das Unternehmen Blackvolt, das sich als Infrastrukturentwickler und Betreiber moderner Energiespeicherlösungen versteht. „Das Unternehmen ist aktiv auf uns zugekommen“, berichtet Bürgermeister Florian Weigl. In der Folge wurden Gespräche über die grundsätzliche Umsetzbarkeit und über mögliche Standorte geführt. Weigl sieht in dem Projekt ein Modell mit Zukunft: „Durch den starken Ausbau erneuerbarer Energien steigt der Bedarf an flexiblen Speicherlösungen massiv, um Schwankungen im Stromnetz auszugleichen und Energie flexibler nutzen zu können.“

Wie funktioniert die Anlage?

Batteriespeicher werden genutzt, um Strom zwischenzuspeichern und zu günstigen Zeiten wieder ins Netz einzuspeisen. Das hilft, Lastspitzen zu reduzieren und Netzengpässe auszugleichen. Auch neue Anwendungen wie Elektromobilität und Wärmepumpen verändern die Verbrauchsprofile und führen zeitweise zu hoher Stromnachfrage. Überschüssiger Strom aus Wind- oder Wasserkraft kann gespeichert werden, anstatt Erzeugungsanlagen abregeln oder Energie zu Negativpreisen abgeben zu müssen. Damit verbessert sich auch die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien in Zeiten hoher Erzeugung.

Blackvolt-Geschäftsführer Johannes Srajer betont die Vorteile für das Netz: „Speicherlösungen können helfen, Netzkapazitäten besser auszunutzen und den Bedarf an zusätzlichen Leitungen oder neuen Umspannwerken langfristig zu reduzieren – und damit auch die Netzkosten zu senken.“ Blackvolt arbeitet

dabei gemeinsam mit Netzbetreibern daran, Speicher zur lokalen Netzstabilisierung einzusetzen. Die Erlöse kommen aus mehreren Quellen: Großhandelsmärkte, Regelmärkte sowie bilaterale Energielieferverträge. Batteriespeicher können dabei flexibel verschiedene Funktionen übernehmen – von der zeitlichen Verschiebung von Energie bis zur Bereitstellung von Regenergie. Blackvolt plant einen nachhaltigen Betrieb über mindestens 25 Jahre.

Srajer sieht keinen Widerspruch zwischen wirtschaftlichem Betrieb und Netzdienlichkeit: auch die zeitliche Verschiebung von Energie am Großhandelsmarkt wirke netzdienlich. Werde Strom in Zeiten hoher Erzeugung gespeichert und später abgegeben, entlaste das das Netz direkt. Zudem sollen Speicher zur Reduktion von Lastspitzen beitragen und so den Bedarf an teurem Netzausbau verringern.

Planung und Bürgerbeteiligung

Der zuständige Netzbetreiber ist in die Planung eingebunden. Bürgermeister Weigl betont: „Für mich ist wichtig, dass solche Projekte koordiniert und in ein Gesamtkonzept eingebettet umgesetzt werden.“ Eine Vertragsraumordnung wurde noch nicht abgeschlossen. Gemeinde und Unternehmen erarbeiten derzeit gemeinsam ein Konzept, die konkreten Verträge werden noch ausgearbeitet. Zu Beginn gab es Unsicherheit unter Anrainern. Für Weigl ist das bei neuen Technologien auch nachvollziehbar: „Mir war als Bürgermeister immer wichtig, dass die Sorgen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden.“ Deshalb wurden gemeinsam mit Blackvolt Informationsveranstaltungen durchgeführt. Dabei wurde offen über das Projekt, die Sicherheitsmaßnahmen sowie die Chancen und Auswirkungen auf die Umgebung informiert.

Ausbau gezielt konzentrieren

Aus Sicht von Leopold Schalhas, Leiter der Abteilung Umwelt- und Anlagenrecht im Amt



“ Durch den starken Ausbau erneuerbarer Energien steigt der Bedarf an flexiblen Speicherlösungen massiv, um Schwankungen im Stromnetz auszugleichen und Energie flexibler nutzen zu können.



Florian Weigl
Bürgermeister von
St. Martin-Karlsbach



der NÖ Landesregierung, spielen geschäftliche Motive beim derzeitigen Speicherboom zwar eine Rolle, entscheidend sind sie seiner Meinung aber nicht. Es ist eher die Energie- wende, die die Entwicklung vorantreibt: Der Anteil von Wind- und Photovoltaikstrom steigt stetig. Netzbetreiber wie die APG und Netz NÖ können die Infrastruktur nicht so schnell ausbauen, wie neue Anlagen ans Netz gehen. „Batteriespeicher können helfen: Sie nehmen Überschussenergie auf und geben sie bei Bedarfsspitzen wieder ab“, so Schalhas. Er sieht darin aber nicht nur eine technische Lösung, sondern betont auch den wirtschaftlichen Aspekt: „Es ist nicht sinnvoll, Stromnetze dafür auszubauen, dass auch noch die letzte Kilowattstunde zu jedem Zeitpunkt Platz findet, weil dann die Netze in der allermeisten Zeit überdimensioniert wären.“ Er plädiert daher für eine „völlig neue Energiesystemplanung“, um Netzkosten zu dämpfen und den Ausbau gezielt dort zu konzentrieren, wo er notwendig ist.

Drei Typen mit unterschiedlichen Rechtsfolgen

Nicht jeder Batteriespeicher ist gleich. Schalhas unterscheidet drei grundlegende Varianten:

- Stand-alone-Speicher werden direkt ans öffentliche Netz angeschlossen und gelten in Niederrösterreich rechtlich als Erzeugungsanlagen.
- Co-Location-Speicher werden gemeinsam mit einer Erzeugungsanlage – etwa Photovoltaik, Wind oder Wasser – errichtet und nutzen deren Netzanschluss.
- Betriebsintegrierte Speicher sind eine Sonderform davon: Sie dienen einem konkreten betrieblichen Zweck, etwa der Lastverschiebung oder der Eigenbedarfsoptimierung in einem Gewerbebetrieb.

Technische Begriffe wie „netzdienlich“ oder „kommerzieller Speicher“ sind für die Geneh-

migung zunächst zweitrangig. Was zählt, ist die rechtliche Einstufung als Erzeugungsanlage und der Versorgungszweck.

Ein neuer Rahmen

Bis Oktober 2025 fehlte für große Stand-alone-Speicher eine klare raumordnungsrechtliche Grundlage. Das hat sich geändert. Mit der Novelle zum Niederösterreichischen Raumordnungsgesetz wurde die neue Widmungsart „Grünland-Batteriespeicheranlagen“ eingeführt. Sie gilt für Stand-alone-Speicher ab einer Leistung von über 1 MW oder einer Kapazität von mehr als 2 MWh.

Hybride Speicher, die Teil einer Wind- oder PV-Anlage sind, fallen weiterhin unter die bestehenden Widmungskategorien „Grünland-Photovoltaik“ beziehungsweise „Grünland-Windkraftanlage“. Für kleinere Anlagen unter 200 kW ist weder eine elektrizitätsrechtliche noch eine baurechtliche Bewilligung nötig – und damit auch keine Widmung. Bis zu einer Leistung von 1 MW können Speicher in jeder Widmungskategorie errichtet werden, auch in Gewerbe- oder Industriegebieten.

Schalhas sieht in der Novelle einen wichtigen Schritt: „Mit der Novelle zum Raumordnungsgesetz haben wir einen Rahmen geschaffen, der Großspeicher klar regelt. Dadurch schaffen wir Planungssicherheit.“ Gleichzeitig räumt er ein, dass noch nicht alle Fragen gelöst sind – etwa bei der Definition, wann mehrere Speicher als „räumlich zusammenhängend“ gelten.

Was Gemeinden tun sollten

Wie in St. Martin-Karlsbach sprechen Projektentwickler Gemeinden zunehmend direkt an. Schalhas empfiehlt, frühzeitig das Gespräch zu suchen: „Gemeinden sollten frühzeitig mit den zuständigen Fachabteilungen und Netzbetreibern Kontakt aufnehmen, damit wir gemeinsam Lösungen entwickeln können.“ ■■■

Rendering des in St. Martin-Karlsbach geplanten Projekts. Außer der begrünten Lärmschutzwand soll von der Anlage nicht viel zu sehen sein.



© Inshat GmbH

👉 Mit der Novelle zum Raumordnungsgesetz haben wir einen **Rahmen geschaffen, der Großspeicher klar regelt.**



Leopold Schalhas
Leiter der Abteilung Umwelt- und Anlagenrecht im Amt der NÖ Landesregierung

NEUE MÖGLICHKEITEN

Der Schwarm – so wird jede Gemeinde zum Stromspeicher

Der Energiemanagement-Experte Christian Kirchwegger berichtet im Interview, wie ein neues Speicher-Konzept Stromnetze entlasten und Mehrwert vor Ort schaffen soll. [☞ VON HELMUT REINDL](#)

NÖ GEMEINDE: Gemeinden werden zunehmend mit dem Thema Stromspeicher konfrontiert. Warum sind Speicher wichtig?

CHRISTIAN KIRCHWEGGER: Die Ausbaugeschwindigkeiten zwischen Erneuerbaren, Stromnetzen und Batteriespeichern passen derzeit nicht zusammen. Die Netze und die Speicher konnten in den letzten Jahren die Geschwindigkeit des Ausbaus der Erneuerbaren nicht mithalten.

Erst, wenn wir eine Balance zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren, dem Netzausbau und der verfügbaren Speicherkapazität schaffen, wird die Energiewende ein Erfolg – und jeder Einzelne kann von geringen Strom- und Systemkosten profitieren.

Wie groß ist in Österreich der Rückstand beim Speicherausbau?

Studien zeigen, dass wir im Jahr 2040 rund neun Gigawatt an Batterie-Speicherleistung benötigen. Nur zum Vergleich: das ist in etwa so viel, wie alle bestehenden Pumpspeicherkraftwerke in Österreich zusammen. Diese Wasserspeicher in den Alpen wurden in den

vergangenen 100 Jahren gebaut und sind extrem wichtig für unser Energiesystem.

In den nächsten 10 bis 15 Jahren müssen wir einen ähnlich großen Speicher schaffen, dieses Mal überwiegend im Osten des Landes. Hier sind Batteriespeicher gefragt, denn die Zeit drängt. Abgesehen von den fehlenden Bergen in Ostösterreich sind Batteriespeicher von der Umsetzungsgeschwindigkeit, den Errichtungskosten und der Akzeptanz vor Ort die beste Wahl.

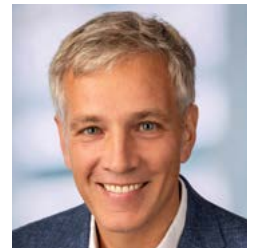
Es braucht also einen Turbo für den Batteriespeicher-Ausbau?

Ja, einen Anreiz für Speicher, die das System entlasten. Das sind Speicher, die aktiv gemanagt werden und sowohl die Preisspitzen als auch die Negativpreise an der Strombörse reduzieren. Diese Speicher schaffen stabilere Preise und stabilere Netze. Sie tragen dazu bei, dass die bestehende Netzinfrastruktur effizienter ausgenutzt wird und auch der Ausbau der Erneuerbaren weiter funktioniert. Das bestehende Stromnetz hat noch enormes Potenzial.

Das notwendige Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) für den Speicherausbau wurde im Dezember 2025 beschlossen. Die Regulierungsbehörde e-Control muss nun per Verordnung noch die Rahmenbedingungen schaffen. Wenn das gelingt, startet mit 2027 der Speicherausbau auch in Österreich richtig.

Was ist das Besondere am neuen EIWG im Hinblick auf Batteriespeicher?

Zum Beispiel, dass Batterie- und Verteilnetzbetreiber in der Bewirtschaftung der Speicher besser zusammenarbeiten können. Der Netzbetreiber kann „flexible Netzzugänge“ vergeben. Das bedeutet, wenn das Netz belastet ist, gibt der Netzbetreiber „Hüllkurven“ vor, in deren Rahmen die Speicher betrieben werden. Das ist eine Win-Win-Win-Situation: Der Netzbetreiber bekommt mehr Planungssicherheit und mehr Kapazität im bestehenden Netz. Batterie-



☞ Aktiv gemanagte Speicher **schaffen stabilere Preise und stabilere Netze.**



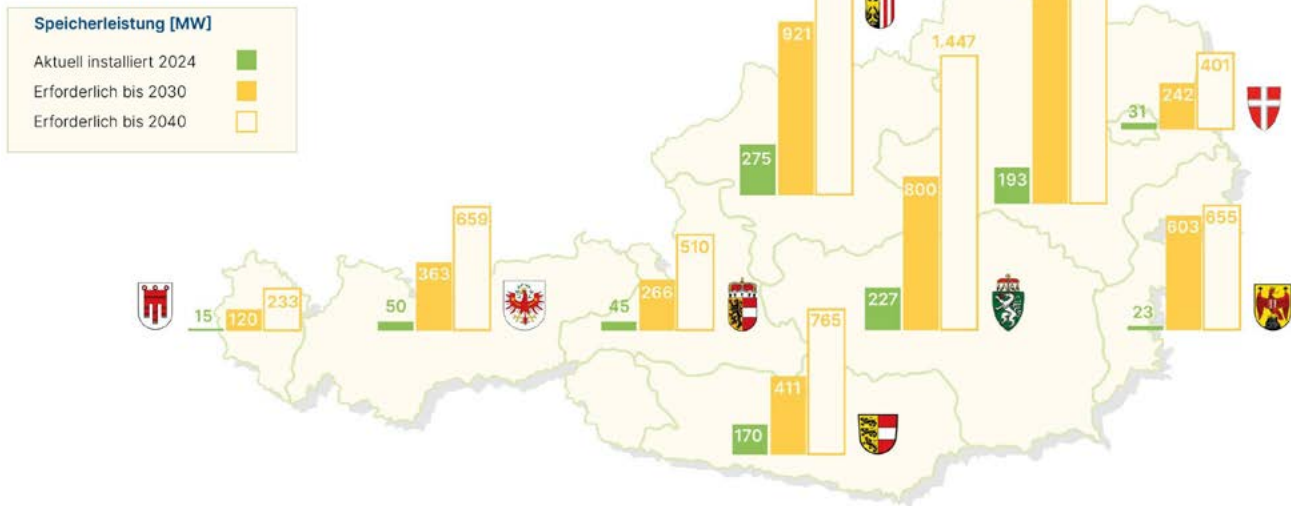
Christian Kirchwegger ist Head of Business Development bei electrify smart energy GmbH



Öffentliche Trafos auf Ortsebene werden mit Speicher ergänzt. Sie können damit den Überschuss-Strom dort halten, wo er erzeugt wurde und einspeisen, wenn er gebraucht wird.

Batteriespeicher in Österreich

Aktuell installierte und erforderliche Speicherleistung bis 2030 und 2040 in den Bundesländern



Quelle: Daten 2024: BMWET (Hrsg.), 2025. PV-Batteriespeichersysteme - Marktentwicklung 2024 (Erfasst sind stationäre Batteriespeicher bis 50 kWh Stromspeicherkapazität, die gemeinsam mit einer PV-Anlage betrieben werden; Umrechnungsfaktor 1:2). Daten 2030/2040: APG, PV Austria, TU Graz, d-fine (Hrsg.), 2025. Flexibilitäts- und Speicherbedarf im österreichischen Energiesystem. Grafik: PV Austria

betreiber sollen rascher Netzzugang erhalten. Und für die Allgemeinheit sinken die Systemkosten, weil die Effizienz steigt.

In einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit Netz Niederösterreich beweisen wir, dass auch auf Ortsnetzebene viele verteilte Batterien – also sogenannte „Schwarspeicher“ – systemdienlich sind und gewaltiges Potenzial haben.

Wie kann man sich einen „Schwarspeicher“ in der Gemeinde vorstellen?

Direkt an öffentlichen Trafostationen installieren wir Batteriespeicher mit 200 bis 400 kW Leistung und verknüpfen hunderte Standorte zu einem virtuellen Großspeicher, der gebündelt an der Strombörse vermarktet wird.

Der Schwarspeicher nimmt überschüssigen PV-Strom von Haushalten und Gewerbe direkt dort auf, wo er erzeugt wird. Das entlastet das Stromnetz und erhöht die Effizienz, weil der Strom nicht in höhere Netzebenen transferiert werden muss. Anstatt z. B. vom Weinviertel nach Tirol in den Pumpspeicher zu wandern (und wieder retour) bleibt die Energie vor Ort. Der Strom wird wieder ins Netz eingespeist, wenn er benötigt wird und dementsprechend auch etwas wert ist. Wir sind also überzeugt: Ein Schwarspeicher ist mehr als die Summe seiner einzelnen Teile!

Was hat nun die Gemeinde von „Schwarspeichern“ auf Ortsebene?

Indem wir Orts-Trafos mit Batteriespeicher ergänzen, erwarten wir positive Effekte auf die Netz-Sicherheit und gleichzeitig frei werdende Einspeisekapazitäten, weil die Mittagsspitzen weggespeichert werden. Das hilft beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren, weil dadurch mehr Photovoltaik im Netz untergebracht werden kann.

Weiters kann die Gemeinde Zusatzerlöse aus der bestehenden Infrastruktur schaffen, indem sie sich an Speicherprojekten beteiligt oder die Flächen für Batteriespeicher in Trafo-Nähe verpachtet.

Wie geht es nun konkret weiter?

Unsere Vision ist es, möglichst viele Trafos, verteilt über das ganze Land einzubinden. Alleine in Niederösterreich stehen über 15.000 öffentliche Trafos, und jedes Jahr werden 1.000 Stationen neu errichtet.

Unser erster Schwarm auf Gemeinde-Ebene wird über den Sommer in Wr. Neudorf und Wolkersdorf errichtet und hat rund 5 MWh Kapazität. Wir haben mit der Netz Niederösterreich einen sehr innovativen und verlässlichen Partner gefunden. Die e-Control wird im Herbst die Weichen stellen, wie umfangreich und wie schnell Schwarspeicher entstehen können. ■■■

INFOS

Die Speicherstudie von APG, TU Graz und PVA sieht einen Batterie-Speicherbedarf von rund 9 Gigawatt in Österreich bis 2040:

www.pvaustria.at/photovoltaik-und-batteriespeicher-in-oesterreich

Infos zu Schwarspeicher und dem Forschungsprojekt „Verteilnetzfreundliche Speicher“:

schwarspeicher.electrify-smart.com

ENERGIEGEMEINSCHAFT ODER P2P?

Wenn Gemeinden zu Energiegestaltern werden

Bernhard Karnthaler, Geschäftsführer der Energie Zukunft Niederösterreich GmbH, erläutert, welche Rolle Gemeinden bei der lokalen Energiewende spielen, wie sich Energiegemeinschaften vom Peer-to-Peer-Modell unterscheiden und was Gemeinden jetzt in Angriff nehmen sollten. [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

NÖ GEMEINDE: Energiegemeinschaften haben sich vom Nischenmodell zur regionalen Realität entwickelt. Wie weit ist Niederösterreich auf diesem Weg, und welche Rolle übernehmen die Gemeinden dabei?

BERNHARD KARNTHALER: Niederösterreich ist österreichweit eines der dynamischsten Bundesländer beim Ausbau und Betrieb von Energiegemeinschaften. Heute sind bereits rund 100.000 Menschen in Energiegemeinschaften organisiert – mit steigender Tendenz. Viele Gemeinden haben erkannt: Die Energiewende wird nicht nur auf Bundesebene entschieden, sondern vor allem lokal umgesetzt. Gemeinden spielen dabei eine Schlüsselrolle – sie bringen Bürger, Betriebe und öffentliche Einrichtungen zusammen, schaffen Vertrauen und stellen Infrastruktur bereit. Gerade im ländlichen Raum entsteht so ein wesentlicher Mehrwert: Energie wird vor Ort erzeugt und genutzt, und ein großer Teil der Wertschöpfung bleibt in der Region.

Welchen konkreten Nutzen ziehen Gemeinden aus einer Energiegemeinschaft, wirtschaftlich wie gesellschaftlich?

Der größte Mehrwert liegt im Gestaltungsspielraum und in der aktiven Einbindung der Bevölkerung. Gemeinden entwickeln sich von reinen Energieverbrauchern zu aktiven Gestaltern. Konkret bedeutet das:

- stabilere und besser planbare Energiekosten – auch für kommunale Gebäude
- direkte Vorteile für Bürger und Betriebe durch regional erzeugten Strom
- höhere regionale Wertschöpfung, weil Investitionen vor Ort bleiben

Zusätzlich entstehen finanzielle Vorteile, da durch die lokale Nutzung von Strom Netzkosten reduziert werden können, weil weniger Netzebenen beansprucht werden. Darüber hinaus entstehen neue Kooperationen zwischen Gemeinden, Unternehmen und

Bürgern. Energie wird damit auch zu einem Standortfaktor. Energiegemeinschaften bringen Energie, Wertschöpfung und Gestaltungsspielraum zurück in die Region.

Wie unterscheidet sich das Modell der Energiegemeinschaft vom Peer-to-Peer-Stromhandel, und was macht beide Ansätze jeweils attraktiv?

Eine Energiegemeinschaft ist eine organisierte, langfristige Struktur mit klaren Regeln, gemeinsamer Abrechnung und vielen Teilnehmern – meist auf Gemeinde- oder regionaler Ebene. Voraussetzung ist dabei eine gewisse räumliche Nähe, etwa im selben Netzbereich.

Der Vorteil: Viele Teilnehmer mit unterschiedlichem Verbrauchs- und Erzeugungsverhalten können gemeinsam regional erzeugten Strom optimal nutzen. Energiegemeinschaften sind zudem nicht gewinnorientiert. Peer-to-Peer (P2P) ist einfacher aufgebaut: Einzelne Teilnehmer können direkt Strom miteinander austauschen, ohne eine eigene Organisation gründen zu müssen. Der Austausch ist dabei auch überregional möglich und kann – im Gegensatz zur Energiegemeinschaft – auch gewinnorientiert erfolgen. P2P ist die flexible Direktlösung, während die Energiegemeinschaft ein strukturiertes regionales Modell darstellt.

Für wen eignet sich P2P, und ab wann ist die Energiegemeinschaft das bessere Modell?

P2P eignet sich vor allem für einfache Anwendungen: etwa innerhalb von Familien, zwischen Nachbarn oder für Unternehmen, die gezielt Strom austauschen möchten – auch über größere Distanzen hinweg. Sobald jedoch Gemeinden, öffentliche Gebäude oder eine größere Zahl an Teilnehmern eingebunden werden und Regionalität sowie Zusammenarbeit im Vordergrund stehen, bieten Energiegemeinschaften klare Vorteile. Sie ermöglichen Struktur, Skalierung, Versorgungssicherheit und die Integration kommunaler Infrastruktur.



DIE EZN

Die Energie Zukunft Niederösterreich GmbH ist ein gemeinsames Unternehmen der EVN sowie der Energie- und Umweltagentur des Landes Niederösterreich (eNu).

Als Servicepartner begleitet die EZN Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen von der ersten Idee bis zur Umsetzung und dem Betrieb von Energiegemeinschaften. Ziel ist es, Niederösterreich als Vorbildregion für dezentrale erneuerbare Energie weiterzuentwickeln.

Bis 2030 sollen in jeder niederösterreichischen Gemeinde Energiegemeinschaften etabliert sein.

Aktuell werden rund 250 Energiegemeinschaften in über 300 Gemeinden mit etwa 35.000 Zählpunkten begleitet.

Hat P2P das Potenzial, über einen niederschwel- ligen Einstieg hinauszuwachsen, oder bleibt es ein vereinfachtes Einzelmodell?

P2P wird vor allem einen niederschweligen Einstieg ermöglichen. Es senkt die Hürden für erste Anwendungen und schafft zusätzliche Flexibilität.

Der zentrale Hebel für die Energiewende vor Ort bleibt jedoch die Energiegemeinschaft: Nur dort lassen sich größere regionale Strukturen aufbauen und die Energieversorgung langfristig organisieren.

Können P2P und Energiegemeinschaft langfristig nebeneinander bestehen, oder wird das eine Modell das andere ersetzen?

P2P wird eine sinnvolle Ergänzung sein, aber kein Ersatz.

Energiegemeinschaften erfüllen eine strukturelle Rolle: Sie ermöglichen Organisation, Kooperation und langfristige Entwicklung in der Region. P2P bringt zusätzliche Flexibilität im Kleinen. Beide Modelle ergänzen sich – ersetzen einander aber nicht.

Welche Rolle spielen Vertrauen und Kommunikation für den Erfolg von Energiegemeinschaften in der Praxis?

Das ist einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren. Technisch funktionieren die Modelle – die Herausforderung liegt bei den Menschen. Dort, wo Gemeinden aktiv informieren, verständlich erklären und die Modelle greifbar machen, steigt die Beteiligung deutlich. Gemeinden genießen dabei großes Vertrauen und können als Vermittler auftreten. Energiewende funktioniert nur mit den Menschen – nicht über ihre Köpfe hinweg.

Was sind aktuell die größten Herausforderungen für Gemeinden auf dem Weg zur eigenen Energiege- meinschaft?

Die größte Hürde ist aktuell die Komplexität. Gemeinden sehen sich mit mehreren Themen gleichzeitig konfrontiert – von der rechtlichen Struktur über die technische Umsetzung bis hin zu Datenmanagement, Verrechnung und der Abstimmung mit Netzbetreibern. Viele Gemeinden möchten starten, fühlen sich angesichts dieser Vielzahl an Anforderungen jedoch



© Raimo Rudi Rumppler

Bernhard Karnthaler, Geschäftsführer der Energie Zukunft NÖ: „Die Energiewende wird nicht nur auf Bundesebene entschieden, sondern vor allem lokal umgesetzt.“

noch unsicher. Deshalb braucht es vor allem: einfachere Modelle, standardisierte Prozesse und verlässliche Umsetzungspartner. Das Interesse ist da – entscheidend ist, dass der Einstieg in die Umsetzung einfacher wird.

Wie wird sich die Energieversorgung auf Gemeinde- ebene in den nächsten drei Jahren entwickeln, und was sollten Gemeinden jetzt in Angriff nehmen?

Die Systeme werden sich in den nächsten Jahren deutlich weiterentwickeln und stärker integrieren. Energiegemeinschaften bleiben die zentrale Struktur, werden aber zunehmend mit Speicherlösungen, intelligentem Lastmanagement und neuen Modellen wie P2P kombiniert. Zielbild sind lokale, intelligente Energiesysteme, die Erzeugung, Verbrauch und Speicherung optimal verbinden. Besonders profitieren werden jene Gemeinden, die früh beginnen, Energie strategisch mitzudenken – nicht nur als Infrastruktur, sondern als Teil ihrer Standort- und Zukunftsentwicklung. Das Ergebnis: mehr Unabhängigkeit, höhere regionale Wertschöpfung und eine stabilere Energieversorgung. ■■■

“Die Energiewende funktioniert nur mit den Menschen – nicht über ihre Köpfe hinweg.“



■ KOSTEN SENKEN

Durch Nicht-Nutzung Netzkosten sparen

Strom lokal erzeugen, lokal verbrauchen und möglichst wenig durch das übergeordnete Netz transportieren. Das ist der zentrale Hebel für Gemeinden, um die Netzkosten gering zu halten. Lokale Energiegemeinschaften, Smart Meter oder ein gezieltes Lastmanagement tragen dazu bei, das Gemeindebudget zu schonen. [🔗](#) VON GERHARD SENGSTSCHMID

Die in den letzten Jahren exorbitant gestiegenen Netzkosten erregen nicht nur in den privaten Haushalten, sondern auch in den Gemeindeverwaltungen die Gemüter. Im Gegensatz zum Stromanbieter, den man einfach wechseln kann, bleiben die Netzkosten unverändert und sind nicht verhandelbar. In Niederösterreich sind die Netzkosten drastisch angestiegen, allein im Jahr 2025 wurden die Strom-Netzentgelte für Haushalte um mehr als 32 Prozent angehoben.

Festgelegt werden die Netzkosten nicht vom lokalen Netzbetreiber, sondern jährlich per Verordnung von der unabhängigen Regulierungsbehörde E-Control. Sie prüft die Kosten der Netzbetreiber – in Niederösterreich ist das hauptsächlich die Netz Niederösterreich – und genehmigt die regulierten Tarife. In der Regel machen die Netzgebühren rund ein Drittel der gesamten Stromrechnung aus! Das sollte Grund genug sein, darüber nachzudenken, wie sich dieser Kostenfaktor senken lässt.

Warum sind die Netzkosten so hoch?

„Der Grund dafür liegt – neben den allgemeinen Kostensteigerungen – in der Trans-

formation der Energieversorgung“, analysiert Rupert Wychera, Geschäftsführer der Firma Energy Climate GmbH in Tulln. „Dazu kommt eine gestiegene Anzahl an dezentralen Stromverbrauchern wie Wärmepumpen oder die E-Mobilität, ergänzt um die Anforderungen der ebenfalls dezentralen Erzeugungskapazitäten wie Photovoltaikanlagen, Windenergie oder auch Batteriespeicher“. Diese Komponenten erzeugen – grob gesagt – einen großen Netzbedarf. Für die kommenden Jahre ist daher ein umfangreicher Netzausbau in ganz Österreich geplant. Die dabei entstehenden Kosten werden ebenfalls den Nutzern gemäß einer entsprechenden Verordnung mittels Netzkosten weiterverrechnet. Eine finanzielle Entspannung ist hier nicht in Sicht.

Hebel zur Dämpfung der Netzkosten

Gemeinden sind jedoch durchaus in der Lage, ihre Netzkosten positiv zu beeinflussen. Energiemanagement, lokale Stromerzeugung und intelligente Steuerung der öffentlichen Infrastruktur machen es möglich.

„Im Rahmen von Energiegemeinschaften oder Gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen (GEA) ist es Gemeinden möglich, die Netzkosten zu reduzieren. Je regionaler Erzeuger und Verbraucher zusammengeschlossen sind, desto höher sind die Ersparnisse. Im Optimalfall entfallen – wie bei den GEAs – die Netzkosten für die innerhalb dieser Netzanlasspunkte verbrauchte Eigenproduktion (z. B. durch PV-Anlagen) komplett“, weiß der Experte zu berichten.

Das energieautarke Rathaus

Im Hinblick auf die hohen Netzkosten würden energieautarke Gebäude einen nicht unerheblichen wirtschaftlichen Vorteil bringen. Durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher und Wärmepumpen in Kombination mit einer perfekten Gebäudedämmung ist ein



Die Glättung des Energiebedarfs verhindert, dass Stromnetze überlastet werden.

©. Lufthansa - stock.adobe.com

ZUR PERSON



© Carina Deix

Rupert Wychera ist Geschäftsführer von Energy Climate GmbH in Tulln. Die Themenbereiche des Ingenieurbüros umfassen u.a. die Entwicklung von regionalen und kommunalen Energiestrategien, die Projektentwicklung und technisch-wissenschaftliche Planung von erneuerbaren Energieanlagen, Kommunikationsprozesse sowie die Begleitung bei Förderung und Finanzierung.



Investitionen in die Energieautarkie rechnen sich nicht nur finanziell, sie stärken die Unabhängigkeit und die Versorgungssicherheit.

☛ Im Rahmen von Energiegemeinschaften oder Gemeinschaftlichen Erzeugungsanlagen ist es Gemeinden möglich, die **Netzkosten zu reduzieren.**

..... ☞☞
Rupert Wychera
 Geschäftsführer der Firma
 Energy Climate GmbH

hoher Grad an Energieautarkie erreichbar. Das sieht auch NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl so. Im Rahmen einer Veranstaltung des NÖ Gemeindebundes appellierte er an die anwesenden Gemeindevandatare: „Ich kann nur alle Verantwortlichen ermutigen, bei gemeindeeigenen Gebäuden dem Motto ‚Photovoltaik am Dach, Speicher im Keller‘ zu folgen. Investitionen in die Energieautarkie rechnen sich nicht nur finanziell, sie stärken auch unsere Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit“.



WEBBTIPPS

Netzkosten-Reduktion berechnen

Auf diversen Internetseiten werden Berechnungs-Tools zur Reduktion von Netzkosten zur Verfügung gestellt. Um rasch zum Ziel zu kommen, empfiehlt es sich, die entsprechenden Daten der Stromabrechnung zur Hand zu haben.

➤ www.energieinstitut.at/tools/benefit/

➤ www.energiegemeinschaften.gv.at/tools/

Rupert Wychera geht noch einen Schritt weiter. Für ihn wäre es zielführend, die entsprechenden Gebäude mit notstromfähigen Wechselrichtern auszustatten, um so die kritische Infrastruktur der Gemeinde im Katastrophenfall aufrechterhalten zu können.

Vorausschauende Laststeuerung

Eine intelligente Steuerung der gemeindeeigenen Infrastruktur senkt Stromnetzkosten drastisch.

Durch vorausschauende Laststeuerung (Demand Side Management) von Straßenbeleuchtungen, E-Ladestationen und kommunalen Gebäuden werden teure Spitzen gekappt, der Netzausbau minimiert und die lokale Integration von erneuerbarer Energie optimiert. Durch den Umstieg auf smarte LED-Systeme bei der Straßenbeleuchtung, Smart Charging beim gemeindeeigenen Fuhrpark oder durch einen flächendeckenden Smart-Meter-Rollout auf dem Gebäudesektor lassen sich auch hier Einsparungen erzielen. Gemeinden und Netzbetreiber profitieren gleichermaßen. Die Glättung des Energiebedarfs verhindert, dass Stromnetze überlastet werden, wodurch teure Netzausbauten entfallen. Durch die Nutzung von KI können beide die Kapazitäten exakter prognostizieren und so die Kosten geringhalten. ■■■

■ BEST PRACTICE

Energieversorgung vor Ort stärken

An vielen Ecken und Enden wird daran gearbeitet, die Energieversorgung im Land zu sichern und die Bevölkerung mit kostengünstigem und „sauberem“ Strom zu versorgen. Der Bogen spannt sich von großen Windparks bis hin zur Energieerzeugung auf regionaler Ebene. Eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit spielen zunehmend Stromspeicher [☞ VON HELMUT REINDL](#)

Stromspeicher ermöglichen den Anschluss zusätzlicher erneuerbarer Erzeugungsanlagen, ohne dass teure Netzausbauten nötig sind. Die Speicher dienen als Puffer bei Spannungs- und Frequenzschwankungen und können gemeinsam mit lokaler Erzeugung ein Inselnetz bilden, das bei Netzstörungen die Versorgung aufrechterhält.

Besuch bei zwei EVN-Projekten

Um sich über den aktuellen Stand der Technik zu informieren, besuchten rund 30 Gemeindevandamentarinnen und -mandatare gemeinsam mit NÖ Gemeindevandament-Präsident Johannes Pressl zwei Projekte der EVN.

Die Tour führte die Teilnehmer zunächst zur großflächigen Photovoltaikanlage in Trumau und anschließend zum Herzstück der regionalen Energieversorgung: dem Batteriespeicher des Super-Hybrid-Parks. Dieser kombiniert den seit 2011 bestehenden Windpark Tattendorf mit der 2023 errichteten PV-Anlage zu einem Kraftwerk, das insgesamt 13.000 Haushalte mit regionalem Ökostrom versorgt.

NÖ Gemeindevandament-Präsident Johannes Pressl zeigte sich von den technischen Möglichkeiten beeindruckt und betonte die direkte Übertragbarkeit auf die kommunale Ebene: „Diese innovativen Projekte zeigen eindrucksvoll, was technisch möglich ist und welche Potenziale auch für unsere Gemeinden darin stecken. Ich kann nur alle Verantwortlichen ermutigen, bei eigenen Gemeindegebäuden dem Motto ‚Photovoltaik am Dach, Speicher im Keller‘ zu folgen. Solche Investitionen in die Energieautarkie rechnen sich nicht nur finanziell, sondern stärken auch unsere Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit.“

Netze entlasten, Effizienz steigern

Das Besondere am Super-Hybrid-Park: Obwohl die Anlagen zusammen eine Leistung von 29,5 MW haben, wird dank intelligenter Steuerung und sich ergänzender Erzeugungsspitzen von Wind und Sonne nur ein Netzanschluss von 16



MW benötigt. Der 2025 errichtete Batteriespeicher mit einer Kapazität von 6,88 MWh federt zusätzliche Spitzen ab und optimiert die Stromspeisung.

EVN-Naturkraft-Geschäftsführer Gerhard Kampichler erklärte die zentrale Rolle der Speichertechnologie: „In Trumau sieht man, was moderne Speicher leisten können: Durch die Kombination von Windkraft und Photovoltaik konnten wir die vorhandenen Netzkapazitäten optimal ausnutzen. Dabei machen wir uns zunutze, dass Wind und Sonne sich in ihren Erzeugungsspitzen abwechseln. Mit dem Speicher können wir jetzt auch kurzfristige Schwankungen in der Erzeugung noch besser auf den Bedarf der Stromkundinnen und -kunden abstimmen.“

Neben den technischen Aspekten wurden auch die administrativen Herausforderungen diskutiert. „Bei der Errichtung von Großspeichern beschäftigen uns als Gemeinden natürlich die rechtlichen Rahmenbedingungen, etwa bei der Widmung von Flächen“, so Pressl. „Hier ist es entscheidend, dass wir auf eine Logik der Vertragsraumordnung drängen. Das sichert nicht nur die geordnete Entwicklung, sondern ermöglicht den Gemeinden auch einen fairen finanziellen Ausgleich für die Bereitstellung von Infrastruktur.“ ■■■

Gemeindevandament-Präsident Johannes Pressl mit Mandatarinnen und Mandataren, die an der Exkursion nach Trumau und Oberwaltersdorf teilnahmen.

☞ Durch die Kombination von Windkraft und Photovoltaik konnten wir die **vorhandenen Netzkapazitäten optimal ausnutzen.**



Gerhard Kampichler
Geschäftsführer
EVN-Naturkraft

ENERGIESPAREN HEISST KOSTENSPAREN

Kleine Maßnahmen mit großer Wirkung


Innovative Projekte zeigen vor, wie Gemeinden Kosten senken können.

Steigende Energiepreise belasten auch niederösterreichische Gemeinden. Straßenbeleuchtung, Sportanlagen und öffentliche Gebäude verursachen hohe laufende Kosten. Oft wird angenommen, dass Einsparungen nur mit großen Investitionen möglich sind. Die Energie- und Umweltagentur Niederösterreich (eNu) zeigt jedoch, dass bereits kleinere Maßnahmen spürbare Entlastung bringen können. Gemeinden werden dabei kostenlos beraten. Eine bessere Nutzung von Energie senkt nicht nur Kosten, sondern reduziert auch den Energieverbrauch und trägt zum Klimaschutz bei. Häufig reichen organisatorische oder technische Anpassungen aus. Dazu zählen etwa optimierte Einstellungen bei Heizungs- und Beleuchtungsanlagen, der Austausch ineffizienter Geräte oder Kooperationen mit anderen Gemeinden und der Bevölkerung.

„Der erste Schritt ist eine gezielte Analyse der Energieverbräuche“, erklärt Eva Otepka von der Energie- und Umweltagentur Niederösterreich (eNu). „Schon kleine Schritte können viel bewirken, den Energieverbrauch reduzieren und Gemeindebudgets entlasten.“ Die Expertinnen und Experten der eNu unterstützen Gemeinden dabei, Einsparpotenziale zu erkennen und passende Maßnahmen umzusetzen.

Ziersdorf spart 30 Prozent Stromkosten

Wie rasch sich Einsparungen erzielen lassen, zeigt das Beispiel der Volksschule Ziersdorf. Dort wurde gemeinsam mit einem Experten der eNu der Stromverbrauch untersucht. Durch organisatorische und technische Anpassungen konnte der Energieverbrauch deutlich gesenkt werden. Bauliche Maßnahmen oder größere Investitionen waren nicht notwendig. Insgesamt wurden rund 30 Prozent der Stromkosten eingespart.

Die Analyse der Smart-Meter-Daten machte sichtbar, wo unnötig Energie verbraucht wurde und welche Maßnahmen sinnvoll sind. Bürgermeister Stefan Schröter berichtet von jährlichen Einsparungen von rund 5.000 Euro. 



© eNu

Bei der Stromeffizienzberatung in der VS Ziersdorf ergab sich bei der Lüftungsanlage großes Einsparungspotenzial.

Österreichs größter Batteriespeicher entsteht in Theiß

Mit dem zunehmenden Ausbau erneuerbarer Energiequellen wie Wind- und Sonnenstrom wächst auch der Bedarf an flexiblen Speichern, die kurzfristig Energie aufnehmen oder abgeben können. Großbatterien reagieren dabei innerhalb von Sekundenbruchteilen und gleichen Schwankungen im Stromnetz wesentlich schneller aus als konventionelle Kraftwerke.

Die EVN errichtet daher am Standort des Energieknotens Theiß Österreichs größtes Batteriespeicherprojekt. Mit einer Leistung von 70 MW und einer Kapazität von 140 MWh wird der neue Großspeicher ein zentrales Element für Netzstabilität und Versorgungssicherheit in Niederösterreich und darüber hinaus.

„Der neue Batteriespeicher könnte etwa alle Haushalte in St. Pölten rund 12-14 Stunden mit Strom versorgen“,

erläutert LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf.

Die Anlage soll im dritten Quartal 2027 in Betrieb gehen. Die EVN investiert rund 46 Millionen Euro in das Projekt. Insgesamt werden 40 Batterie Container installiert.

„Mit 70 MW Leistung kann der Speicher auf Knopfdruck so viel Energie bereitstellen wie ein mittelgroßes Gaskraftwerk“, ergänzt EVN Technik-Vorstand Stefan Stallinger.



© Stadtgemeinde Mank

Der Sportplatz in Mank mit der neuen Fluchtlicht- und Photovoltaik-Anlage.

Dieses Geld wird nun gezielt in den Ausbau der Photovoltaikanlage investiert.

Bürgerbeteiligung in Mank

Auch Bürgerbeteiligungsmodelle können Gemeinden entlasten. In der Stadtgemeinde Mank wurde am Vereinsgebäude des USC Mank eine Photovoltaikanlage errichtet. Gleichzeitig wurde die Fluchtlichtanlage auf LED-Technologie umgestellt. Dadurch sank der jährliche Stromverbrauch von 52.000 auf 28.000 Kilowattstunden. Laut Gemeinde entspricht das einer Einsparung von rund 24.000 Kilowattstunden Energie und etwa 16,5 Tonnen CO₂ pro Jahr. Finanziert wurde das Projekt teilweise über sogenannte „Sonnenstrom-Aktien“. Bürgerinnen und Bürger konnten sich direkt beteiligen. Bürgermeister Martin Leonhardsberger sieht darin einen wichtigen Beitrag für die Gemeinde: „Wenn Vereine auf Beteiligung setzen, entsteht eine Win-win-Situation – ökologisch, wirtschaftlich und sozial.“

Energiegemeinschaft als Modell

Auch Energiegemeinschaften gewinnen an Bedeutung. Seit 2021 arbeiten 13 Gemeinden in der EEG Elsbeere Wienerwald zusammen.

Energie live sichtbar.



Energie-Management-System : Verbrauch – Erzeugung – Speicher – Mobilität

Photovoltaik, Speicher, Verbrauch und Ladeinfrastruktur werden koordiniert gesteuert – für Private, Gemeinden und Betriebe.

Das Waldviertel testet erneuerbare Energieversorgung

Im Waldviertel läuft seit Jänner 2025 eines von sechs österreichischen „100% EE Reallaboren“. Ziel des Projekts ist eine klimaneutrale Energieversorgung bis 2035. Strom, Wärme und Mobilität sollen vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.

Ziel des Projektes ist, dass die Region bis 2035 ihren gesamten Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Quellen decken kann. Das technische Herzstück ist ein Energiemanagementsystem, das seit August 2025 in Betrieb ist. Es vernetzt Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher, Fernwärmesysteme und Ladestationen an aktuell 26 Standorten. Rund 1.000 Datenpunkte werden in Echtzeit erfasst. Neben der Technik setzt das Projekt auf Bürgerbeteiligung: 30 Testpersonen erproben neue Energielösungen im Alltag. Informations-

veranstaltungen und ein Design-Thinking-Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden und Unternehmen haben Nutzerbedürfnisse erhoben – die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung des Systems ein. Das Reallabor hat Pilotcharakter für ganz Österreich. Was in einer ländlichen Region mit typischer Pendlerstruktur entwickelt wird, soll als Vorlage für andere Regionen dienen. Die Aufbauphase ist abgeschlossen. Nun beginnt die eigentliche Betriebs- und Forschungsphase mit realen Daten und konkreten Ergebnissen.

© Reallabor Waldviertel

Energieautarke und blackoutsichere Siedlung

Im Ortsteil Pöcking in der Kärntner Gemeinde Arnoldstein entstand eine weitgehend energieautarke Siedlung, die ihre Bewohnerinnen und Bewohner auch bei einem großflächigen Stromausfall mit Licht, Wärme und Wasser versorgt.

55 Wohnungen in unterschiedlichen Größen bilden das Herzstück des Projekts. Gebaut wurde in Holzbauweise – kombiniert aus Holzriegelbau und Massivholzdecken. Diese Bauform bietet gute energetische Dämmwerte, was den Gesamtenergiebedarf der Anlage reduziert. Die Anlage ist zu etwa 80 Prozent energieautark und zu 100 Prozent blackoutsicher. Das bedeutet, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auch bei einem großflächigen Stromausfall ihren Alltag weitgehend normal aufrechterhalten können. Das Konzept stützt sich auf drei Elemente. Erstens verfügt jede Wohnung über einen Kamin mit Holzherd. „Im Notfall kann man immer heizen und kochen“, erklärt Projektentwickler Kurt Strasser. Zweitens wurde eine 230-kW-Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher errichtet. Alle Wohnungen sind mit einem zweiten Stromkreis ausgestattet, der im Blackout-Fall aktiv bleibt. Damit können Beleuchtung und Kühlschrank weiterlaufen. Nur Starkstromverbrau-

cher wie Elektroherd und Waschmaschine sind in diesem Kreislauf nicht eingebunden. Und drittens verfügt die Siedlung über eine eigene Wasserversorgung: Ein alter Hausbrunnen und ein weiterer großer Brunnen sichern die Trinkwasserversorgung unabhängig vom öffentlichen Netz. Vollständige Energieautarkie war bewusst nicht das Ziel. „Wenn beispielsweise ein Meter Schnee liegt, ist es wichtig, dass die Anlage nach wie vor ans Netz angeschlossen ist“, sagt Strasser, denn in Zeiten mit Nebel, Schnee oder ungünstigen Witterungsverhältnissen reichen Photovoltaikanlage und Speicher nicht aus, um den gesamten Bedarf zu decken.

Den Sprung auf 100 Prozent Autarkie hält Strasser für unverhältnismäßig aufwendig: „Die 100 Prozent zu erreichen, wäre mit einem enormen Aufwand verbunden, weil man alles vollständig absichern müsste.“ Der Fokus lag stattdessen auf der Blackoutsicherheit – und die ist vollständig gegeben.



In der Anlage wurde auch ein 500m² großer Bio-Schwimmteich errichtet.

Rund 1.200 Mitglieder tauschen erneuerbaren Strom innerhalb der Gemeinschaft aus. Die Stadtgemeinde Neulengbach deckt bereits 28 Prozent ihres Strombedarfs über die Energiegemeinschaft.

Durch günstigere Bezugstarife und reduzierte Netzentgelte konnten laut eNu spürbare Einsparungen erzielt werden. Da bestehende Strukturen genutzt werden, waren keine großen Investitionen notwendig. Zusätzlich profitieren auch Haushalte von günstigeren Strompreisen und Vergütungen für eingespeisten Strom. Neulengbach setzt zudem auf bidirektionales Laden. Am Bauhof wurden Ladestationen installiert, mit denen überschüssiger Sonnenstrom in Fahrzeugbatterien gespeichert werden kann. Bei Bedarf wird die Energie später wieder genutzt. Laut Jürgen Rummel konnte die Gemeinde dadurch im Jahr 2025 rund 18.000 Euro einsparen. Das Geld bleibe in der Region und könne für weitere Projekte eingesetzt werden.

Beratung für Gemeinden

Die Energie- und Umweltagentur Niederösterreich bietet Gemeinden Beratung zu Stromsparen, Effizienzchecks, erneuerbaren Energien, Energiegemeinschaften und Bürgerbeteiligungsmodellen. ■■■

Energiespar-Checkliste für Gemeinden

Die Energie- und Umweltagentur Niederösterreich hat eine umfangreiche Energiespar-Checkliste für Gemeinden erstellt. www.energie-noe.at/checkliste-energiesparen

Außerdem finden Gemeinden und Regionen weitere Projekte zum Schwerpunkt „Energiesparen ist Kosten sparen“ in den Erfolgsgeschichten der eNu.

www.enu.at/gemeinde-erfolgsgeschichten



ENERGIEKOSTEN

Die Gemeinde-Stromrechnung erklärt

Rechnungen von Energieversorgern müssen viele gesetzlich vorgeschriebene Inhalte enthalten – genau das macht sie oft komplex. Die EVN versucht seit Jahren, dieses Spannungsfeld besser zu lösen. Ziel ist es, die Darstellung so verständlich und übersichtlich wie möglich zu gestalten. Die wichtigsten Informationen, wie etwa der Verbrauch oder die Kosten sollen auf den ersten Blick, also auf Seite 1 der Rechnung, erkennbar sein. Beim hier gezeigten Dokument liegt der Fokus auf den Details der Seite 3 einer typischen Gemeinde-Rechnung der EVN Energievertrieb GmbH & Co KG. Die Erklärung zeigt, welche Inhalte in den einzelnen Positionen stecken.

✎ VON RUDOLF GRUBER, EVN

Information

Bei Rückfragen stehen die regionalen EVN-Gemeindebetreuer wie gewohnt zur Verfügung.
evn.at/gemeindebetreuung

Zählpunktbezogene Daten

Dazu zählen die Nummer des Zählpunktes, der aktuelle Energietarif, die Netzebene, der die Stromanlage zugeordnet ist, das Lastprofil sowie die mit dem Netzbetreiber vereinbarte Anschlussleistung für den Zählpunkt in Kilowatt (kW). Nähere Informationen unter www.evn.at/begriffserklaerungen.

Zählerstände & Verbrauch

Hier findet man alle Daten rund um die Messeinrichtung – die Nummer des Zählers, Zählerstände samt Ablesart und den Verbrauch. Die Zählerstände und der Verbrauch werden uns vom Netzbetreiber übermittelt.

Energiekosten

Das sind die Kosten, die wir als Energielieferant verrechnen. Die Energiekosten sind abhängig vom Tarifmodell und umfassen Grundpreis und Verbrauchspreis. Weitere Informationen findet man auf dem aktuellen Tarifblatt.

Verbrauchspreis Netznutzung Regional

Wenn der Zählpunkt an einer Energiegemeinschaft teilnimmt, reduzieren sich die Netzkosten auf den in der Energiegemeinschaft „getauschten“ Strom. Bei Teilnahme an einer regionalen Erneuerbaren-Energiegemeinschaft beträgt die Reduktion 28%, bei einer lokalen Erneuerbaren-Energiegemeinschaft 57%. Nähere Informationen zu Energiegemeinschaften unter <https://www.evn.at/home/energiegemeinschaften>.

Verbrauchspreis Netznutzung SNAP

Seit 01.04.2026 gibt es für den Verbrauchspreis Netznutzung eine Neuerung, den Sommer-Nieder-Arbeitspreis (SNAP). Hierbei kommt es von 1. April bis 30. September zu einer Reduktion der Netzkosten von 20% auf den zwischen 10 und 16 Uhr verbrauchten Strom.

Strom Details

von 01.04.2026 bis 30.04.2026

Kundennummer: [redacted]
 Vertragskonto: [redacted]
 Rechnungsnummer: [redacted]

Zählpunktnummer: AT002000000000000000000000 20566659
 Energietarif: **Universal Float Natur**
 Netzebene: Ebene 7
 Lastprofil: [redacted]
 Vereinbarte Netzbereitstellung: 5 kW

Zählerstände & Verbrauch

	Zeitraum	Zählerstand alt	Zählerstand neu	Verbrauch
[redacted]	01.04.26 - 30.04.26	[redacted] F	[redacted] F	[redacted] kWh
[redacted]	01.04.26 - 30.04.26	[redacted] F	[redacted] F	[redacted] kWh

F = Fernablesung

Berechnung Restnetzbezug

Verbrauch aus viertelstündlichen Profilwerten	21,0 kWh
abzüglich Eigendeckung aus Energiegemeinschaft	- 5,3 kWh
Restnetzbezug	15,7 kWh

Abrechnung

	Zeitraum	Verrechnungsbasis	Verrechnungspreis	Beträge in €
Energiekosten Universal Float Natur				
Grundpreis	01.04.26 - 30.04.26	30 Tage	[redacted] 365 Tage	[redacted]
Verbrauchspreis	01.04.26 - 30.04.26	15,7 kWh	9,5865 Cent/kWh	[redacted]
Kosten der Preiszonentrennung	01.04.26 - 30.04.26	15,7 kWh	0,8132 Cent/kWh	[redacted]

Netzkosten

Verbrauchspreis Netznutzung	01.04.26 - 30.04.26	14,0 kWh	6,65 Cent/kWh	0,94
Leistungspreis	01.04.26 - 30.04.26	1 kW	56,04 €/365 Tage * 30 Tage	4,61
Verbrauchspreis Netznutzung Regional	01.04.26 - 30.04.26	5,3 kWh	4,79 Cent/kWh	0,25
Verbrauchspreis Netznutzung SNAP	01.04.26 - 30.04.26	1,7 kWh	5,32 Cent/kWh	0,09
Verbrauchspreis Netzverlust	01.04.26 - 30.04.26	21,0 kWh	0,384 Cent/kWh	0,08
Entgelt für Messleistungen	01.04.26 - 30.04.26	30 Tage	26,16 €/365 Tage	2,15
				8,12

Gesetzliche Abgaben

Elektrizitätsabgabe	01.04.26 - 30.04.26	15,7 kWh	0,82 Cent/kWh	0,12
Erneuerbaren-Förderpauschale	01.04.26 - 30.04.26	30 Tage	19,02 €/365 Tage	1,56
Erneuerbaren-Förderbeitrag Leistungspreis	01.04.26 - 30.04.26	1 kW	5,62 €/365 Tage * 30 Tage	0,46
Erneuerbaren-Förderbeitrag Netznutzung	01.04.26 - 30.04.26	15,7 kWh	0,364 Cent/kWh	0,06
Erneuerbaren-Förderbeitrag Netzverlust	01.04.26 - 30.04.26	15,7 kWh	0,037 Cent/kWh	0,01
				2,21

Strom exkl. USt [redacted]
 20 % USt von 13,61 [redacted]

Strom 15,7 kWh

Information

- In Ihrem Stromprodukt **Universal Float Natur** stecken 100 % erneuerbare Energien aus Österreich. Ein in der Erzeugung CO₂-freier Mix aus 64,50 % Wasserkraft und 26,64 % Sonne und 8,86 % Wind, Biomasse und Biogas. Ökostrom-Bestätigungen für Förderungsanforderungen auf www.evn.at/Herkunft.

Berechnung Restnetzbezug

Wenn der Zählerpunkt an einer Energiegemeinschaft teilnimmt, findet man auf der Rechnung die Aufschlüsselung über die Eigendeckung aus dieser und den Restnetzbezug.

Netzkosten

Die Kosten, die wir im Namen des Netzbetreibers Netz NÖ weiterverrechnen, sind die Netzkosten. Die Höhe der einzelnen Positionen wird durch die Regulierungsbehörde Energie-Control Austria festgelegt. Details zur Aufschlüsselung der Netzkosten unter www.evn.at/begriffserklaerungen.

Gesetzliche Abgaben

Mit der Strom-Rechnung werden auch gesetzliche Abgaben verrechnet, welche durch den Energielieferanten (CO₂-Bepreisung) oder Netzbetreiber (alle anderen gesetzlichen Abgaben) an die Behörden (Finanzamt, Ökostromabwicklungsstelle) abzuführen sind.

■ CHECKLISTE

Energie clever nutzen – Kosten spürbar senken!

Steigende Energiekosten belasten die Gemeindebudgets, ein Entgegensteuern ist unerlässlich. Es braucht gezielte Strategien, die langfristig für finanzielle Entlastung sorgen. In die Planung sollten aber auch kleinere, rasch umsetzbare Schritte einbezogen werden, die bereits kurz- und mittelfristig Ergebnisse bringen. ✍ VON GERHARD SENGSTSCHMID

Besonders wirksam sind Maßnahmen dort, wo Gemeinden direkten Einfluss haben: Bei öffentlichen Gebäuden, der Straßenbeleuchtung, beim gemeindeeigenen Fuhrpark oder der öffentlichen Infrastruktur. Dass jede Kilowattstunde zählt, weiß man in der Mostviertler Gemeinde St. Peter in der Au ganz genau: „Basierend auf den Daten unserer Energiebuchhaltung arbeiten wir konsequent und beharrlich an unserer Energiebilanz“, berichtet der Bürgermeister aus St. Peter / Au, Johannes Heuras. „Die Umrüstung der Beleuchtung auf LED, der gezielte Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, die Errichtung von Speichern und vieles mehr helfen nicht nur der Umwelt, sondern auch nachhaltig dem Gemeindehaushalt.“ Frei nach dem Motto „Tipps & Tricks“ hat die Redaktion der „NÖ Gemeinde“ eine grobe Energiespar-Checkliste für Gemeinden erstellt:

ENERGIESPAR-CHECKLISTE FÜR GEMEINDEN

Kurzfristige Maßnahmen

Allgemein

- Nicht nötige Objektbeleuchtungen abschalten oder zeitlich regeln.
- Stromfresser eruieren. Kühlschränke nicht neben Heizkörpern platzieren, nicht direkter Sonneneinstrahlung aussetzen.
- Standby-Modus vermeiden. Energiespar-Einstellungen verwenden. Drucker & Co nur bei Bedarf einschalten.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für effizienten Stromverbrauch sensibilisieren.

Gebäude

- Wartung der Lüftungsanlagen. Betriebszeiten anpassen (Kindergärten, Schulen)
- Wartung der Klimaanlage. Räume nie unter 25 Grad kühlen. Bessere Alternative: Außenbeschattung. Bei Hitze Fenster und Türen tagsüber geschlossen halten.

- In betriebsfreien Zeiten elektrische Geräte abschalten.
- Innenbeleuchtung ausschalten, wenn sie nicht benötigt wird.

Straßenbeleuchtung

- Regelmäßige Wartung.
- Zielgerichtete Beleuchtungslenkung, störende Bäume und Sträucher schneiden.
- Verwendung von Dämmerungsschaltern, Zeiteinstellungen, Nacht- und Teilnachtsenkung, flächendeckende Dimmung oder Reduktion der Lichtstärke prüfen (gesetzliche Vorgaben beachten!).

Trinkwasser-/Abwasseranlagen

- Pumpenströme erheben, um Stromfresser oder Defekte zu eruieren.
- Energieeffiziente Geräte verwenden.

PV-Anlagen

- Beschattung der Module vermeiden, Verschmutzungen entfernen.
- Protokollierung des erzeugten Stroms zur raschen Problemerkennung und -behebung.
- Sinnhaftigkeit eines Stromspeichers oder einer Energiegemeinschaft prüfen.

Raumtemperatur

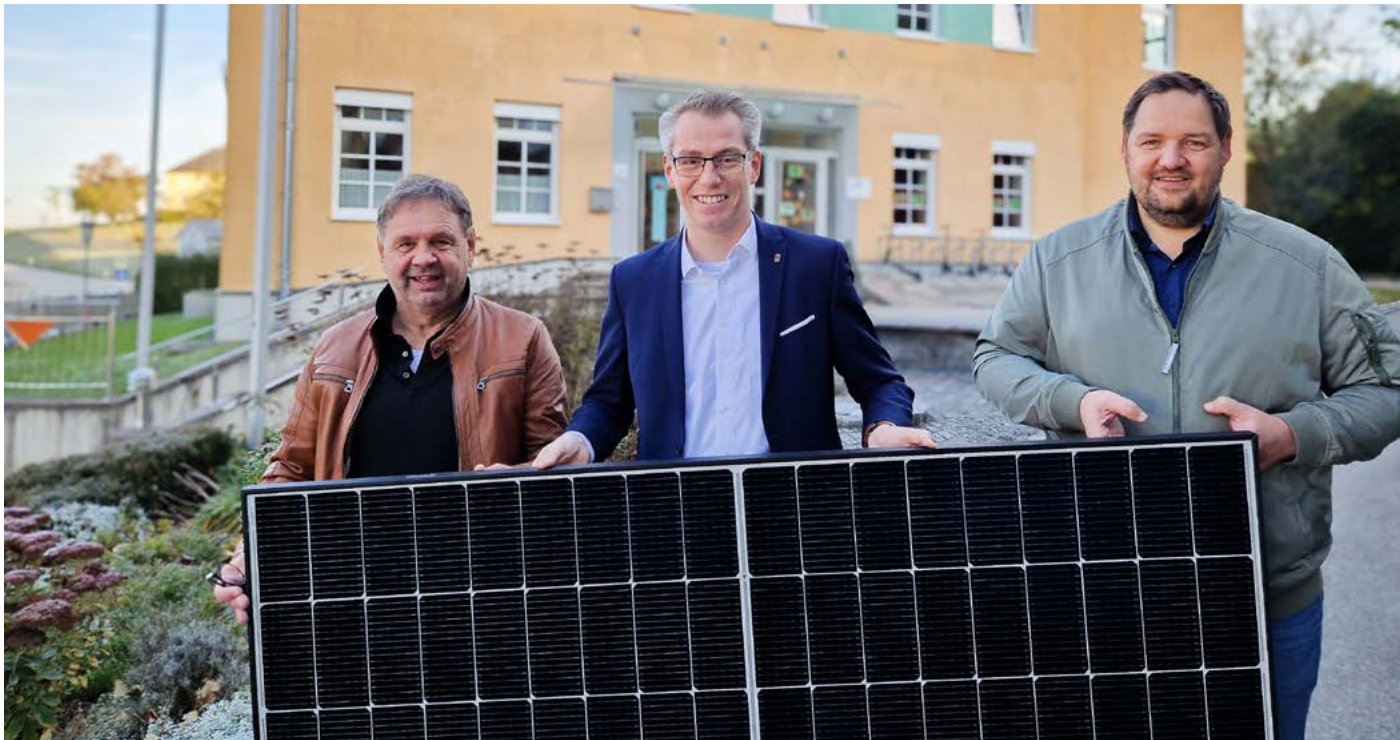
- Steuerbare Raumthermostate verwenden.
- Stoßlüften statt gekippter Fenster bei gleichzeitigem Heizbetrieb.
- Heizkörper nicht durch Möbel oder Vorhänge verdecken.
- Raumtemperaturen prüfen, überhöhte Temperaturen senken.

Heizung

- Wartung der Heizungsanlagen – entlüften!
- Heizung und Umwälzpumpe außerhalb der Heizsaison abschalten. Regelung auf Sommerbetrieb umstellen.

“ Die Umrüstung der Beleuchtung auf LED, der gezielte Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, die Errichtung von Speichern und vieles mehr **helfen nicht nur der Umwelt, sondern auch nachhaltig dem Gemeindehaushalt.**

Johannes Heuras
Bürgermeister von St. Peter
in der Au



© Gemeinde St. Peter / Au

- Heizkurve an den Bedarf anpassen. Verteilerleitungen und Armaturen dämmen.

Wärmedämmung

- Fenster und Türen auf Dichtheit prüfen, gegebenenfalls Dichtungen erneuern.

Schwimmbäder / Hallenbäder

- Wasser- und Raumtemperatur prüfen, gegebenenfalls absenken.

Warmwasseraufbereitung

- Senken der Wassertemperatur in den Boilern (Achtung: Legionellenbildung bei weniger als 55°C)
- Rohrsysteme dämmen.

Wasser-Sparmaßnahmen

- Wasserspar-Armaturen zum Einsatz bringen.
- Wasserverbrauch erfassen, um Defekte rascher zu erkennen.
- Wassernetz auf Leckagen prüfen und gegebenenfalls beheben.

Betriebliches Mobilitätsmanagement

- Analyse des gemeindeeigenen Fuhrparks, Einsparpotenziale erheben.

Mittelfristige Maßnahmen

Gebäude

- Alte Heizungspumpen durch effiziente Geräte ersetzen.

- Beim Einsatz von Klimageräten keine mobilen Geräte mit Abluftschlauch verwenden.
- Beleuchtungen (Räume, Flutlicht, Weihnachtsbeleuchtung etc.) auf LED umrüsten. Bewegungsmelder anbringen.
- Tageslichtoptimierung prüfen.

Straßenbeleuchtung

- Umrüstung auf LED-Beleuchtung, Nachtabsenkung prüfen.

Effiziente Heizung

- Raus aus Öl und Gas! Effiziente und klimafreundliche Heiztechnologien nutzen.
- Wärmemengenzähler zur Ermittlung der Effizienz installieren.

Wärmedämmung

- Austausch von undichten Fenstern und Türen.
- Wärmedämmung von Dach und Außenwänden optimieren.

Schwimmbäder / Hallenbäder

- Energiekonzept erstellen und umsetzen.

Warmwasseraufbereitung

- Warmwasseraufbereitung analysieren.
- Bei entlegenen Entnahmestellen den Einsatz von Untertischspeichern andenken.

Betriebliches Mobilitätsmanagement

- Gemeindeeigenen Fuhrpark auf Elektro-Mobilität umstellen. ■■■

Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Gebäude der Volksschule bzw. dem Kindergarten St. Johann in der Gemeinde St. Peter / Au.
Am Bild: Gerhard Panhuber (Geschäftsführer Fa. Hörmann), Bgm. Johannes Heuras und Umwelt- und Energiegemeinderat Andreas Gruber.

VERTRAGSRAMORDNUNG

Wenn die Widmung an Bedingungen geknüpft wird

Windräder, Solarparks, Batteriespeicher: Die Energiewende verändert das Bild vieler Gemeinden. Immer öfter klopfen Projektwerber bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern an und wollen Flächen nutzen. Was viele nicht wissen: Gemeinden können unter gewissen Umständen auch „Bedingungen“ stellen. Das Instrument dafür heißt Vertragsraumordnung.

✎ VON PATRIZIA LEUTGEB

Die Vertragsraumordnung verbindet zwei Dinge: die Flächenwidmung und einen privatrechtlichen Vertrag. Eine Umwidmung allein garantiert noch nicht, dass ein Projekt so umgesetzt wird, wie es die Gemeinde sich vorstellt. Mit einem Vertrag kann die Gemeinde das sicherstellen. Das Niederösterreichische Raumordnungsgesetz erlaubt dabei einiges. Gemeinden dürfen anlässlich einer Widmung Verträge mit Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern abschließen. Diese können etwa eine bestimmte Form der Bürgerbeteiligung festlegen oder der Gemeinde ein Vorkaufsrecht an Grundstücken und Anlagen sichern. Auch Anlagenbetreiber und Netzbetreiber können dem Vertrag beitreten. So flexibel das Instrument ist, es gibt eine Grenze: das „Koppelungsverbot“. Eine Gemeinde darf eine Umwidmung nicht davon abhängig machen, dass ein Projektwerber dafür bezahlt. Der Grundsatz lautet klar: „Widmung gegen Geld“ ist unzulässig. Monetäre Beiträge können zwar vereinbart werden, sie müssen aber sachlich begründet und angemessen sein. Wer diese Grenze nicht kennt, riskiert, dass der gesamte Vertrag rechtlich angreifbar wird.

Was sollte im Vertrag stehen?

Bei sämtlichen energiewirtschaftlichen Projekten empfehlen Expertinnen und Experten bestimmte Punkte ausdrücklich zu regeln.

An erster Stelle steht die Rückbaupflicht. Wenn eine Anlage stillgelegt wird, soll das Grundstück in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden.

Ein zweiter wichtiger Punkt betrifft den Eigentümerwechsel. Energiewirtschaftliche Projekte werden fast immer irgendwann verkauft. Deshalb empfiehlt sich eine Regelung, die bei einem Rechtsnachfolger eine Bonitäts- und

Liquiditätsprüfung vorsieht. So kann die Gemeinde sicherstellen, dass künftige Betreiber ihre Pflichten erfüllen können.

Aktuell werden gerade Speicherprojekte forciert und diese gehen mit attraktiven Zahlen einher. Hierbei kommt es auch zu Zahlungen an die Grundeigentümer und die Gemeinden in Form von Pachteinahmen oder Infrastrukturbeiträgen an die Gemeinden. Für Projekte ohne eigene Widmungspflicht (wie dies bis vor Inkrafttreten der neuen Widmungskategorie Grünland-Batteriespeicheranlage möglich war) liegt der Ball stärker im Feld der Projektwerber. Hier entscheidet das Verhandlungsgeschick der Gemeindevertretung.

Bei Projekten, die eine Widmung der Kategorie „Grünland-Batteriespeicheranlagen“ brauchen, ist die Lage klarer. Die Vertragsraumordnung schafft einen rechtlichen Rahmen und gibt der Gemeinde eine stärkere Verhandlungsposition.



FOTO // MS398 - stock.adobe.com

Für die Errichtung großer Rechenzentren, wie z. B. hier ein Microsoft-Rechenzentrum in den Niederlanden, ist in NÖ eine Standortverordnung der NÖ Landesregierung eine der Voraussetzungen.



MAG. PATRIZIA LEUTGEB

ist Juristin beim NÖ Gemeindebund

Rechenzentren

Am 23. April hat der NÖ Landtag eine Änderung des NÖ ROG beschlossen. Ein weiterer Schwerpunkt der Novelle ist die Regelung von Rechenzentren, also Anlagen für die Speicherung, Verarbeitung bzw. Verbreitung von Daten sowie damit verbundene Tätigkeiten.

In diesem Sinne sollen je nach Größe der Anlage unterschiedliche Voraussetzungen zum Tragen kommen. Anlagen unter 1 ha Gesamtgröße sollen an keine besonderen Bedingungen geknüpft und in jeder passenden Baulandwidmungsart zulässig sein (im Wesentlichen Betriebsgebiet oder Industriegebiet bzw. unter Umständen Kerngebiet). Größere Anlagen ab 1 ha bedürfen einer konkreten Widmung auf Ebene des örtlichen Raumordnungsprogramms, wobei spezifische Voraussetzungen definiert werden. Aus Anlass der Widmung ist dabei auch der Abschluss von Raumordnungsverträgen nach § 17 NÖ ROG möglich. Besonders große Anlagen über 5 ha erfordern eine Beurteilung auf überörtlicher Ebene, da aufgrund der Größe und des Energiebedarfs Auswirkungen auf regionale Entwicklungen nicht ausgeschlossen werden können. Für diese ist daher die Erlassung einer Standortverordnung durch die NÖ Landesregierung als Voraussetzung für die Widmung auf örtlicher Ebene vorgesehen.

■ VERGABE

Vergaberecht bei PV-Anlagen und Energiegemeinschaften

Erneuerbare Energieprojekte bieten Gemeinden große Chancen, erfordern jedoch eine vergaberechtliche Prüfung.

Erneuerbare Energien gewinnen für Gemeinden seit Jahren zunehmend an Bedeutung. Die aktuelle wirtschaftliche Lage und die damit einhergehende Steigerung der Energiekosten haben diese Entwicklung zusätzlich verstärkt.

In diesem Zusammenhang werden von Gemeinden unterschiedlichste Projekte wie die Errichtung von PV-Anlagen, die Beschaffung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen oder die Gründung von Energiegemeinschaften umgesetzt. Dabei ist zu beachten, dass solche Vorhaben den Regelungen des Bundesvergabegesetzes (BVerGG 2018) unterliegen können.

Errichtung und Betrieb von PV-Anlagen

Immer mehr Gemeinden nutzen die Dachflächen ihrer Gebäude zur Stromerzeugung mittels PV-Anlagen. Vor der Umsetzung eines solchen Projekts ist insbesondere zu prüfen, welche Auftragsart vorliegt und wie hoch der geschätzte Auftragswert ist. Die bloße Errichtung einer PV-Anlage wird in der Regel als Bauauftrag eingeordnet und kann – abhängig vom konkreten Einzelfall – die Durchführung eines Regelverfahrens nach dem BVerGG 2018 erfordern. Möglich wäre auch das Vorliegen eines vergaberechtlich relevanten Lieferauftrags, etwa wenn ein Contracting-Vertrag mit einem Dritten abgeschlossen wird.



© chayakorn - stock.adobe.com

Energiegemeinschaften

Insbesondere durch den Erlass des neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (ElWG) eröffnen sich auch für Gemeinden neue Möglichkeiten der gemeinsamen Energienutzung. Ist mit der Gründung einer Energiegemeinschaft ein untrennbarer Energiebezug durch die Gemeinde verbunden, kann dieser Bezug aus der Energiegemeinschaft als entgeltlicher Beschaffungsvorgang einzuordnen sein. In diesem Fall sind die Bestimmungen des BVerGG 2018 anzuwenden, wobei die konkrete Verfahrenswahl und rechtliche Ausgestaltung der Energiegemeinschaft vom jeweiligen Einzelfall abhängen und gesondert vergaberechtlich zu beurteilen sind. ■■■

Vor dem Bau einer PV-Anlage ist zu prüfen, welche Auftragsart vorliegt und wie hoch der geschätzte Auftragswert ist.



Kontakt

Schramm Öhler
Rechtsanwälte GmbH
Herrengasse 3-5
3100 St. Pölten
02742/222 95
kanzlei@schramm-oeehler.at



schramm-oeehler.at

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Vergaben, die wirken. Seit 30 Jahren.

Die Kanzlei für **kommunale Entscheidungsträger:innen** in Niederösterreich.

Niederösterreich investiert in **Versorgungssicherheit und Wasserinfrastruktur**

Die sichere Wasser- und Versorgungsinfrastruktur ist zentral für die Lebensqualität. Deshalb setzt das Land gemeinsam mit dem Bund verstärkt auf Vorsorge, Investitionen und langfristige Maßnahmen, um das Leben für Bürgerinnen und Bürger leichter zu machen und Niederösterreichs Gemeinden bestmöglich für die Zukunft zu rüsten.

LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf unterstreicht die starke Vernetzung der verschiedenen Ebenen: „Gerade bei der Wasser- und Versorgungssicherheit zeigt sich, wie wichtig die gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist. Unsere Gemeinden sind Vorbild hinsichtlich der Zusammenarbeit untereinander und im nachhaltigen Umgang mit der lebensnotwendigen Ressource Wasser.“

Über 500 Millionen Euro seit 2020 für bestes Trinkwasser

Ein besonderer Fokus liegt auf der Sicherung der Trinkwasserversorgung und der Siedlungswasserwirtschaft. Seit 2020 wurden in Niederösterreich bereits rund 500 Millionen Euro in die Wasserversorgung investiert. Dadurch konnten rund 1.400 Projekte umgesetzt und etwa 1.500 Kilometer Leitungen errichtet werden. Zusätzlich wurden in der jüngsten Sitzung der Kommission Wasserwirtschaft weitere 233 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 94 Millionen Euro beschlossen.

👉 Gerade bei der Wasser- und Versorgungssicherheit zeigt sich, wie wichtig die **gute Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist.**



Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter

Pernkopf betont: „Die Versorgung mit Trinkwasser ist sichergestellt. Damit das so bleibt, werden wir weiterhin in unsere Gemeinden und in die Infrastruktur investieren. Das schafft Lebensqualität und stärkt Niederösterreichs Regionen.“ Umgesetzt wurde unter anderem bereits ein Projekt von Krems ins Waldviertel. Geplant sind unter anderem neue Transportleitungen ins Marchfeld und nach Bruck an der Leitha. Gerade für die Gemeinden sind diese Investitionen entscheidend, um die Wasser- und Abwasserversorgung auch in Zukunft garantieren und somit beste Lebensqualität bieten zu können.

400 Projekte für landwirtschaftliche Bewässerung

Die heimische Landwirtschaft sorgt für frische und sichere Lebensmittel in bester Qualität. Deshalb investiert Niederösterreich gemeinsam mit dem Bund massiv in Bewässerungsprojekte, um Ernten und Versorgung langfristig abzusichern. Seit 2020 wurden bereits rund 42 Millionen Euro in die landwirtschaftliche Bewässerung investiert und rund 400 Projekte umgesetzt. Zahlreiche weitere Projekte sind bereits in Vorbereitung. Im Mittelpunkt stehen der Ausbau moderner Bewässerungsinfrastruktur, Speicherteiche und die Nutzung von Donauwasser zur langfristigen Absicherung der heimischen Lebensmittelversorgung. Wasserversorgung ist und bleibt eine der zentralen Zukunftsfragen für Niederösterreich. Deshalb investiert das Land gemeinsam mit dem Bund konsequent in Infrastruktur, Vorsorge und Versorgungssicherheit für Land und Leute. ■■■



LH-Stv. Pernkopf gemeinsam mit den Bürgermeister von Höflein (LAbg. Otto Auer) und Petronell Carnuntum (Leonard Brassat) beim Betriebsbesuch in der EVN-Wasseranlage.

POLITISCHE ANZEIGE

Der Sponsor dieser Seite ist die Volkspartei Niederösterreich.

Weitere Informationen unter

<https://ttpa.kommunalverlag.at/pa/26003>

VERANSTALTUNG

Digitale Zukunft beim gemdatnoe Digitalisierungssymposium

Unter dem Motto „Digitale Zukunft erleben“ lud die gemdatnoe am 15. und 16. April 2026 Gemeinden sowie Gemeindeverbände zur Fachmesse ins Haus der Digitalisierung in Tulln. Im Fokus standen aktuelle Trends sowie Entwicklungen der IT-Welt im kommunalen Umfeld. Keynotes, Live-Produktvorführungen und weitere Highlights umrahmten das Programm.

Die digitale Transformation von Gemeinden ist längst kein Zukunftsthema. Mit smarten Lösungen und starker Cybersecurity stellt die gemdatnoe als IT-Dienstleister für Gemeinden tagtäglich die Weichen für eine moderne und sichere Verwaltung in Niederösterreich. Wie das gelingt, war einmal mehr Thema ihres Digitalisierungssymposiums. Ob bei spannenden Vorträgen oder persönlichen Gesprächen mit den Produktexpertinnen und -experten: Die Besucherinnen und Besucher konnten auf vielfältige Weise in die Welt moderner Softwarelösungen eintauchen. „Die Gespräche zeigen sehr klar: Gemeinden wissen, wo sie digital hinwollen – entscheidend ist, dass die Lösungen im Alltag wirklich funktionieren und sicher sind. Genau dort setzen wir an“, resümiert Astrid Schober, gemdatnoe-Geschäftsführerin. Besonders die Podiumsdiskussion beeindruckte mit spannenden Impulsen zum Thema „IT-Security im Härtesten: Sicherheitsmaßnahmen, die Gemeinden wirklich schützen“.

Raum für Austausch

Neben einer kulinarischen Pause mit Raum zum Netzwerken erwartete die Besucherinnen und Besucher ein abwechslungsreiches Programm in einem Escape-Room-Abenteuer sowie in einem Open Lab. Mit freundlicher Unterstützung des Science Center Niederösterreich, betrieben von der Abteilung Wissenschaft und Forschung des Landes Niederösterreich, konnten die Gäste in die faszinierende Welt der Biotechnologie eintauchen und Zukunftstechnologien wie Robotik und Augmented Reality live anwenden.

Starke Partnerschaften

Die gemdatnoe bedankt sich herzlich bei ihren Partnern Airtame, Certitude Consulting, Fortinet, Hornetsecurity, Arrow ECS Austria, SMART Technologies, R-IS, Gassner Wiege- und Messtechnik, BriefButler und RIS GmbH



Die gemdatnoe-Geschäftsführer Astrid Schober und Leopold Kitir boten mit ihrem Team Einblicke in aktuelle Entwicklungen der Gemeinde-IT.

für die engagierte Unterstützung und fachliche Beratung der Besucherinnen und Besucher. „Der Mehrwert entsteht erst im Zusammenspiel – mit starken Partnern, die Gemeinden praxisnah unterstützen. Genau das machen wir auf unserer Fachmesse sichtbar“, so Leopold Kitir, gemdatnoe-Geschäftsführer. ■■■



Die gemdatnoe begleitet Gemeinden, Gemeindeverbände und Schulen auf dem Weg in die digitale Zukunft – mit praxisnahen IT-Lösungen und persönlicher Beratung. Die Expert:innen der gemdatnoe freuen sich auf Ihre Kontaktaufnahme an verkauf@gemdatnoe.at oder telefonisch unter 02262 690 0.

KOOPERATION

Erstes Bürgermeistertreffen des Militärkommandos NÖ

Vertrauen und Verbundenheit zwischen Heer, Gemeinden und Bürgern soll gestärkt werden.

„Wir haben alle Bürgermeister mit einem besonderen Bezug zum Bundesheer zu uns eingeladen. Insgesamt sind bzw. waren 14 Bürgermeister im Land bei uns beschäftigt, viele sind aktive Mitglieder etwa in der Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaft oder im Heeressportverein. Ziel der Runde ist es, Vertrauen und Verbundenheit zwischen Bundesheer, Gemeinden und Bürgern zu stärken. Vertrauen schafft Verständnis für das, was wir tun, Vertrauen steigert auch die Wehrbereitschaft junger Menschen“, betonte NÖ Militärkommandant Brigadier Georg Härtinger beim ersten Bürgermeistertreffen des Militärkommandos Niederösterreich.

NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl betonte: „Auch ich habe eine besondere Verbindung zum Bundesheer: Ich war Einjährig-Freiwilliger, habe Kader- und Truppenübungen geleistet. Gerade im Ernstfall sieht man, wie wichtig enge Verbindungen und hohes Vertrauen sind. Deshalb sind, abseits von Einsätzen, die Kultur- und Gemeinschaftsarbeit ungemein wichtig.“

Christian Fischer, Vizepräsident des SP-GVV, trat für ein Mehr an Informationen ein: „Das Bundesheer ist, anders als Rettungsorganisationen, nicht direkt in den Gemeinden präsent. Deshalb brauchen Gemeinden passende Informationsmaterialien sowie den Kontakt zu Informations-Offizieren, um Bürgerinnen und Bürger über Wehrdienst und Wehersatzdienst informieren zu können.“

Stellung wichtig auch für Gemeinden

Die Stellung ist ein wichtiges Thema für die Gemeinden – sie ist zentral für das Bundesheer, den Wehersatzdienst, für junge Menschen und das Gemeindeleben. Viele Gemeinden veranstalten rund um die Stellung Informationsveranstaltungen, organisieren Busse und Sammelfahrten oder laden danach zu einem gemeinsamen Essen ein. Diese Tradition sollte mit neuem Leben erfüllt werden, denn das Zusammenkommen hat da und dort an Bedeutung verloren.

Ein weiteres Thema waren Angelobungen in



© Bundesheer

Austausch auf Augenhöhe: Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl und Militärkommandant Brigadier Georg Härtinger mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die einen besonderen Bezug zum Bundesheer haben..

den Gemeinden, von denen jährlich rund 20 durchgeführt werden, Auftritte der Militärmusik oder Sicherheitstage. „Die Anfragen steigen, das sind echte Highlights, mit hunderten Gästen und Zuschauern in den Gemeinden – aber wir können nicht allen Anfragen sofort nachkommen“, betonte Brigadier Härtinger.

Das Bundesheer als Arbeitgeber

Mit dabei war auch Silvia Riedl-Weixlbraun, Bürgermeisterin von Göpfriz an der Wild und Referatsleiterin am Truppenübungsplatz Allentsteig: „Das Bundesheer ist ein verlässlicher Partner und Teil unserer Kleinregion. Ich sehe mich daher als Schnittstelle zwischen Gemeinde, Bevölkerung und Bundesheer. Von Synergien in den Bereichen Krisenmanagement, Organisation, Führung oder strategische Planung profitiere ich im Besonderen“. Einer Aufgabe, der sich alle Bürgermeister verpflichtet fühlen. Der Bürgermeister von Othental, Oberst Herwig Graf: „Meine Gemeinde zählt 530 Einwohner, da informiere ich natürlich jeden einzelnen persönlich über die Stellung und alle sicherheitsrelevanten Themen.“ ■■■

“Angelobungen sind echte Highlights, mit hunderten Gästen und Zuschauern.“



Georg Härtinger
Kommandant des
Militärkommandos
Niederösterreich

Hilfswerk: Partner in der Kinderbetreuung

Das Hilfswerk bietet flexible und bedarfsorientierte Kinderbetreuung mit Qualität und unterstützt so die Gemeinden in Niederösterreich.

Die flexible Gestaltung von Kinderbetreuung wird für Familien immer wichtiger. „Das Hilfswerk ist verlässlicher Partner und unterstützt nicht nur die Familien, sondern vor allem die Gemeinden!“, bekräftigt Hilfswerk-Präsident Lukas Brandweiner. „Wenn es um Kinderbetreuung geht, bieten wir mit Tageseltern und institutionellen Betreuungseinrichtungen viele Möglichkeiten.“ Neben der hohen Qualität in Pädagogik und Administration kann das Hilfswerk flexibel auf sich ändernde Bedürfnisse eingehen und berücksichtigt die individuellen Anforderungen der Gemeinde. Die Kostenstruktur ist transparent und langfristig kalkulierbar. Die Erfahrung macht sicher: Über 4.000 Kinder werden vom Hilfswerk in Niederösterreich betreut – in Kinderbetreuungseinrichtungen oder von selbstständigen Tageseltern.

Welche Vorteile haben die Gemeinden, wenn sie bei der institutionellen Kinderbetreuung mit dem Hilfswerk kooperieren?

Das Hilfswerk bietet Full Service: umfassende Beratung, Erstellung eines Finanzkonzeptes, Mitarbeiterauswahl und -führung, pädagogische Qualitätssicherung, Diensterteilung, Abrechnung und vieles mehr. In allen Einrichtungen wird nach einem klaren pädagogischen Konzept gearbeitet: Im Mittelpunkt stehen das soziale Lernen, altersgerechte Förderung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Alles andere (wie etwa die Öffnungszeiten) wird individuell gestaltet, ganz nach dem konkreten Bedarf in der Gemeinde. Regelmäßige Betreuung in Gruppen bietet das Hilfswerk übrigens für Kleinkinder, Kindergartenkinder und Schulkinder an.

Mit der Betreuung durch Tageseltern bietet das Hilfswerk eine flexible Alternative. Was bringt den Gemeinden dieses Betreuungsform?

Die Kinderbetreuung durch Tageseltern ist familiär, pädagogisch hochwertig und vor



© Hilfswerk Niederösterreich / Rudolf Schmeid

Das Hilfswerk bietet Kinderbetreuung mit Qualität – in institutionellen Betreuungseinrichtungen und von selbstständigen Tageseltern.

allem für ganz kleine Kinder bestens geeignet. Ganz individuell wird auf die Bedürfnisse jedes Kindes eingegangen, und die zeitliche Flexibilität ist eine große Unterstützung für die Eltern. Für die Gemeinden bietet die Betreuung einen unschlagbaren Vorteil: Es muss keine zusätzliche Infrastruktur aufgebaut werden! Darüber hinaus gibt es für regionale Betriebe die Möglichkeit von Betriebstageseltern. ■■■

Die Hilfswerk Akademie

In der Hilfswerk Akademie bietet das Hilfswerk pädagogische Berufsausbildungen:

- ▶ Ausbildung für Tageseltern
- ▶ Ausbildung zur Betreuungsperson in NÖ Tagesbetreuungseinrichtungen (TBVO)
- ▶ Ausbildung zum*r Kinderbetreuer*in in NÖ Kindergarten und Hort

Die Grundausbildung ist für alle drei Berufsgruppen gleich, im Aufbaumodul erwerben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann je nach Ausbildungsschwerpunkt fundierte fachspezifische Kenntnisse.

Start der nächsten Ausbildungen:

17. September 2026, St. Pölten 30. September 2026, Korneuburg / St. Pölten

TIPP: Bei ausreichend Bedarf können wir auch zusätzliche Kurse im geblockten Format für Gemeinden durchführen! Wir beraten Sie gerne!

Hilfswerk Akademie:

T 05 9249-34113 hilfswerk.akademie@noe.hilfswerk.at www.noehilfswerkakademie.at

Die digitalen Formate ermöglichen es, Fortbildungen nahtlos in den Arbeitsalltag zu integrieren.

NEUE PLATTFORM

Online-Weiterbildung für den Gemeindealltag

Der Österreichische Gemeindebund bündelt gemeinsam mit den kommunalen Bildungsakademien der Bundesländer seine Kräfte. Seit Mai bietet die neue Plattform „Kommunale Bildung Österreich“ auf Kommunalnet bundesweit einheitliche Online-Seminare und in Zukunft auch E-Learnings für Gemeindebedienstete und Mandatäre.

Die Anforderungen an moderne Gemeindeverwaltungen wachsen stetig. Um die 2.092 österreichischen Gemeinden fit für die Zukunft zu machen, setzen der Österreichische Gemeindebund und die kommunalen Bildungsakademien der Bundesländer einen Meilenstein in der Aus- und Weiterbildung. Unter der Dachmarke „Kommunale Bildung Österreich“ startete nun ein gemeinsames Schulungskonzept, das erstmals bundesweit relevante Inhalte auf einer zentralen digitalen Plattform bündelt..

Wissen teilen, Synergien nutzen

Ziel der Kooperation ist es, hochwertiges Expertenwissen ortsunabhängig und flexibel zugänglich zu machen. Über Kommunalnet können Gemeindebedienstete sowie Gemeindevandatare auf ein breites Portfolio an Online-Seminaren zugreifen. Das Spektrum reicht von rechtlichen Neuerungen und Verwaltungsabläufen bis hin zu aktuellen Trends der kommunalen Entwicklung.

Einheitliche Qualitätsstandards

„Mit der ‚Kommunalen Bildung Österreich‘ schaffen wir einen einheitlichen Qualitätsstandard in der Weiterbildung, der über Bundesländergrenzen hinweg funktioniert. Wir nutzen die digitalen Möglichkeiten, um Zeit und Ressourcen zu sparen, während wir gleichzeitig die Fachkompetenz in den Gemeindeämtern stärken“, erläutert Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl.

Flexibilität für den Gemeindealltag

Das neue Angebot reagiert direkt auf den Bedarf der Praxis: Die digitalen Formate ermöglichen es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Fortbildungen nahtlos in den Arbeitsalltag zu integrieren – ohne lange Anfahrtswege.

Während die regionalen Akademien weiterhin als starke Partner vor Ort agieren, bietet die neue bundesweite Schiene eine ideale Ergänzung für Themen, die ganz Österreich bewegen. ■■■



Info

Die Initiative ist ein Gemeinschaftsprojekt des Österreichischen Gemeindebundes und der kommunalen Bildungsakademien der Bundesländer. Die ersten Kurse stehen bereits auf <https://kommunale-bildung.kommunalnet.at/> zur Verfügung.

Anmeldestart für „Kommunalmanager“ 2026/27

Der TOP-Lehrgang „Kommunalmanager“ für angehende Bürgermeister oder Oppositionsführer bietet die gesamte Bandbreite an Werkzeugen, die es für die kommunalpolitische Tätigkeit braucht. Ab sofort kann man sich für das Auswahlverfahren bewerben: Start des Lehrgangs ist Ende September 2026.



THEMEN UND TERMINE FÜR DEN KOMMUNALMANGER-LEHRGANG

- 25./26.9. Strategische Parteiarbeit I & Gemeindeordnung in der Praxis**
- 16./17.10. Resilienz & Kommunales Projektmanagement**
- 20./21.11. Finanzhaushalt & Projektfinanzierung**
- 22./23.1. Meine Projektarbeit & Social Media für Praktiker**
- 26./27.2. Rhetorik I „soverän & sicher auftreten“**
- 2./3.4. Finanzausgleich, Raumordnung & Baurecht**
- 23./24.4. Teamführung & Umgang mit Konflikten**
- 21./22.5. Juristisches Handwerkszeug – Praxisanwendungen**
- 11./12.6. Rhetorik II „Interview & Präsentation“**

Die Module starten jeweils um 16 Uhr und enden an den Folgetagen um 17 Uhr. Der Lehrgang findet in Seminarlocations in ganz Niederösterreich statt. Die Plätze sind begrenzt, bitte daher rasch bewerben!
Kosten: 1.100 Euro (exkl. Übernachtung)

Die Kriterien für den Abschluss mit dem Diplom „Kommunalmanager“:

- › fristgerechte Abgabe der Projektarbeit
- › max. 12 Stunden Fehlzeit
- › erfolgreiche Projektpräsentation

Wie kann man sich bewerben?

Bewerbungen bitte an office@akademie21.at. Benötigt wird ein kurzes Motivations-schreiben sowie ein Lebenslauf. Alle Bewerberinnen und Bewerber werden entweder am 8. oder 9. September 2026 (ab 16 Uhr) zu einem Hearing eingeladen. Nach den Gesprächen wird entschieden, wer aufgenommen wird. ■■



Information

Akademie 21
 02742 / 9020 – 1620 office@akademie21.at
www.akademie21.at

Unterstützung für Gemeinden beim Umgang mit invasiven Pflanzenarten

Immer mehr eingeschleppte, nicht heimische Pflanzenarten sorgen für Probleme: Diese invasiven Arten breiten sich ungehindert aus und verdrängen heimische Pflanzen. Um sie leichter zu identifizieren und Methoden zu ihrer Bekämpfung weiterzugeben, hat das Land Niederösterreich eine Neophytenberatung für Gemeinden ins Leben gerufen. Gebietsfremde Pflanzen wurden oft als Zier- oder Nutzpflanzen oder über internationale Waren- und Transportströme nach Österreich gebracht. Viele davon verdrängen heimische Pflanzen, destabilisieren Lebensräume und verursachen erhebliche ökologische und wirtschaftliche Schäden. Was harmlos im Garten beginnt, endet nicht selten als flächendeckendes Problem für

Gemeinden, Landwirtschaft und Naturschutz.

Bei der neuen Fachberatung können die Gemeinden aus zwei Bausteinen wählen: Der erste Baustein bietet einen Informationsvortrag mit Flurbegehung, um die entsprechenden Pflanzen besser zu erkennen und den Umgang damit zu schulen. Als erste Gemeinde hat sich Sieghartskirchen angemeldet. Als zweiter Baustein ist ein Freiwilligeneinsatz im Gelände geplant. ■■



Kontakt

Amt der NÖ Landesregierung
 Abteilung Naturschutz
 02742/9005-15237 post.ru5@noel.gv.at

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
 (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
 ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Werner Brandstetter, MSc

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,
 1010 Wien, Löwelstraße 6,
 Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
 E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
 Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc.,
 Daniela Linauer

Grafik:

Österreichischer Kommunal-Verlag,
 Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0
 Burcin Hoffmann (Leitung)
burcin.hoffmann@kommunal.at

Hersteller:

Walstead Leykam Druck, 7201 Neudorf

Erscheinungsort:

2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert:

12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatäre und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



produziert gemäß Richtlinie U224 des Österreichischen Umweltzeichens,
 Let's Print Holding AG, UW-Nr. UZ24-808



ÖSTERREICHISCHES
ROTES KREUZ

**EHRENSACHE
MITHELFFEN**

SEI DABEI IN NÖ AUF EHRENSACHE.AT

DIE RICHTIGE HILFE DARF KEIN ZUFALL SEIN.

**STARKE PARTNER FÜR
SICHERE STÄDTE UND GEMEINDEN.**